

SOUVERÄN

**Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel:**
Für eine Politik,
die Seniorinnen und
Senioren ernst nimmt

Unser Verständnis von innerer Sicherheit.



Innovative Fahrerassistenzsysteme unterstützen den Fahrer in kritischen Situationen, schon bevor es ernst wird. Denn wer Gefahren vermeiden will, muss sie vor allem rechtzeitig erkennen.



Volkswagen

IMPRESSUM

Herausgeber:
Senioren-Union der CDU Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin
Tel. 030 / 220 70 - 4 45
Fax 030 / 220 70 - 4 49
E-Mail seniorenunion@cdi.de
www.senioren-union.de

Verlag:
Weiss-Verlag GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Geschäftsführer: Martina Schmitz
Verlagsleiter: Alexander Lenders
Tel. 02472 - 9 82 118
Fax 02472 - 9 82 77 114
alenders@weiss-verlag.de

Anzeigen und Beilagenkontakt:
Verlagsrepräsentanten
Wolfgang Braun
Braun Medien GmbH
Riedelstraße 14
42349 Wuppertal
Tel. 0202 - 3 17 86 93
Fax 0202 - 3 17 86 95
kbmedien.braun@t-online.de

Auflage:
70000 Exemplare über
personalisierten Posteinzel-
vertrieb an Senioren-Union-
Mitglieder und an CDU-
Funktions- und -Mandatsträger

Leserzeitschriften an:
Senioren-Union der
CDU Deutschlands
Redaktion Souverän
Konrad-Adenauer-Haus
(Adresse s.o.)

Herstellung:
Weiss-Druck GmbH & Co. KG
Hans-Georg-Weiss-Straße 7
52156 Monschau
Layout: Ute Meurer

Redaktion:
Chefredakteur: Andreas Oberholz
(V.i.S.d.P.)
Tel. 02056 - 5 73 77
Fax 02056 - 6 07 72
pressebuero_oberholz@t-online.de

Weitere Autoren dieser Ausgabe:
Karlheinz Gärtner, Dr. Stephan
Harbarth, Anja Karliczek, Dr. Peter
Liese, Dr. Angela Merkel, Fabian
Schalt, Internationale Gesellschaft
für Menschenrechte, Prof. Dr. Dr.
Werner Wiater, Ulrich Winz,
Prof. Dr. Otto Wulff

Bildnachweis:
Wikipedia/Bundesarchiv, Konrad-
Adenauer-Stiftung, Universität
Siegen, fotolia, Anja Enzenberg,
Jan Peter Luther, Roland Rochlitzer,
Ulrich Winz
Titelfoto: Laurence Chaperon

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt die
Meinung des Herausgebers wieder.



6

6 Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur Bundestagswahl am 24. September 2017

8 60plus – Diese Wählergruppe entscheidet
Die letzten Landtagswahlen haben es klar gezeigt: Senioren und Seniorinnen sind das Zünglein an der Waage. Das gilt auch für die Bundestagswahl im September ...

10 Eine Doppelbesteuerung darf es nicht geben
Anja Karliczek, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, tritt Befürchtungen entgegen, dass spätestens ab 2020 vielen Rentnern eine Doppelbesteuerung drohe

12 Unser Regierungsprogramm ist sehr ambitioniert
Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zum Thema Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger

18 Union ist die bessere Alternative
Dr. Stephan Harbarth, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, zieht eine Zwischenbilanz in Sachen Innere Sicherheit

20 Keine Grenzen mehr?
Gewalt im Alltag – Karlheinz Gaertner, Ex-Hauptkommissar aus Berlin, berichtet aus eigener Erfahrung

22 Weltweit bedroht
Sieben Jahrzehnte nach Verkündung einer „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ fällt eine globale Zwischenbilanz eher düster aus

24 Den Mangel überwinden
Die ärztliche Versorgung auf dem Land gleicht schon jetzt einer Mangelverwaltung. Wie gegensteuern? Ein Beitrag von Dr. Peter Liese MdEP

28 Kontroversen und Annäherungen
Muslimische Flüchtlinge treffen in Deutschland auf eine andere Werteordnung als daheim. Vier Facetten eines Problems ...



12



22

32 Aus der Senioren-Union
(u.a. Nachruf auf Helmut Kohl, Wahlkampftour Prof. Dr. Otto Wulff)

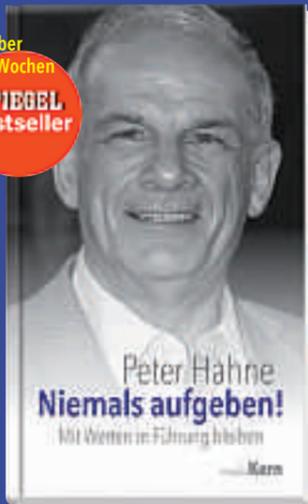
37 Nachrichten aus der (ESU) Europäischen Senioren-Union

38 Leserbrief

39 Buchtipps

Über 50 Wochen SPIEGEL Bestseller

Auch als E-Book erhältlich



Nr. 5.121.005 € 9,95

Top aktuell!
Klartext-Hahne:
Welche Werte müssen wir festhalten?
Wo ist die Grenze der Toleranz?

Informieren + Schenken!

Auch als E-Book erhältlich



Nr. 5.121.007 € 9,95

Koran der **Friedfertigen**,
 Koran der **Gewalttäter** –
 was gilt denn nun?

Wer **mitreden** will, muss **informiert** sein.

Als **Christen Flagge** zeigen

*Ich bin froh, dass Sie immer
 bei uns sind und bleiben,*

Wer in diesen Wochen politische Kommentare und Meinungsumfragen analysiert, für den scheint das Ergebnis der Bundestagswahlen im September längst festzustehen: Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU/CSU gewinnen die Wahl, offen bleibt lediglich, wer als Juniorpartner eine Koalition mit der CDU/CSU eingeht. Jedenfalls gibt es keine Wechselstimmung, der Wähler lehnt nachdrücklich rot-rot-grüne Bündnisse ab, und Merkel rangiert in der Sympathie- und Vertrauensskala an vorderster Stelle. Alles schon gelaufen? Vorsicht! Zumindest zwei Erkenntnisse hat das totale Umfragedesaster der jüngsten US-Wahl gebracht: Stimmungen sind keine Stimmen, und die zunehmend ungebundenen Wähler entscheiden sich erst kurz vor dem Urnengang. Kein Grund also für Selbstzufriedenheit und verfrühte Euphorie in der Union. Der Wahlkampf wird hart werden und uns noch ein gerüttelt' Maß an Einsatz, Überzeugungskraft und Mut abverlangen. Vor allem muss die Senioren-Union vor Ort präsent sein, sich in die gemeinsame Arbeit der Union einbringen und aufgrund ihrer Lebens- und Berufserfahrungen die Bürger auf die negativen persönlichen Konsequenzen hinweisen, wenn sie Rot-Grün, AfD oder Linke wählen. Unsere Botschaft kann nur lauten: Wer die Ränder wählt, bringt unseren Wohlstand und unsere Sicherheit in Gefahr. Die Geschichte lehrt, nur die Mitte garantiert politische Stabilität. Und für die Politik der Mitte stehen in schwierigen Zeiten wie keine anderen die Union und ihre Spitzenkandidatin Angela Merkel. Die Senioren-Union muss im Wahlkampf ihre eigene Rolle spielen und sich vehement gegen rechte und linke Radikalinskas zu Wort melden. Über 36 Prozent der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl im Herbst sind älter als 60 Jahre. Und die Älteren weisen bislang eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung auf. Keine Partei hat auch überdurchschnittlich so von den Stimmen der Älteren profitiert, wie die CDU/CSU. Diese Tatsache muss für die Senioren-Union eine besondere Verpflichtung sein, die ihre Bedeutung stärkt. Damit wächst auch die Aufgabe der Union, im Wahlkampf Antworten auf die drängenden Fragen der Senioren zu geben. Im Bereich Sicherheit beispielsweise geht es nicht nur um mehr persönlichen Schutz vor Kriminalität, sondern auch um politische und soziale Sicherheit. Wer, wie die Nationalisten von der AfD, in Europa wieder Grenzen errichten will und isoliert auf nationale Lösungen setzt, schafft neue Irritationen und Spannungen zwischen den Völkern. Wir Älteren wissen aus Erfahrung, was Grenzen bedeuten. Sie zerstören gute Nachbarschaften und verhindern Freundschaften. Nie wieder dürfen Grenzen in Europa zu einer Gefahrenquelle werden, denn Nationalismus ist der Vorläufer zum unübersehbaren Risiko mit ebenso unübersehbaren Folgen.

In der Flüchtlingspolitik werben wir für die Schaffung neuer Aufnahmezentren außerhalb Europas und einheitliche Standards innerhalb der Europäischen Union. Weil die Aufnahmekapazität in Deutschland begrenzt ist, brauchen wir eine europäische Quotenregelung, sowie einen besseren und koordinierten Schutz der EU-Außengrenzen. Asylbewerber, die Straf- oder Gewalttaten begehen, müssen konsequent abgeschoben werden. Wer mit uns in Frieden leben will, sich unserer westlichen Demokratie und Wertegesellschaft nicht verschließt, dem gegenüber sind wir nicht verschlossen und jederzeit dialogbereit. Dialogbereitschaft bedeutet aber nicht Standpunktlosigkeit. Wer es ablehnt, sich in einer vermeintlichen „Gemeinschaft von Ungläubigen“ zu integrieren, sollte besser wieder gehen, geräuschlos und sofort. Es ist auch schlicht unakzeptabel, wenn 60 Prozent der Flüchtlinge nicht an Deutschkursen teilnehmen. Eine künftige Bundesregierung muss die Teilnahme gesetzlich durchsetzen. Ein Volk fährt gegen die Wand, das sich am Ende nur über Dolmetscher verständigen kann. Und wer kein Deutsch spricht, muss wissen, dass er in Zukunft kaum einen Arbeitsplatz findet und zum sicheren Hartz IV-Empfänger wird. Unsere Sozialversicherung ist nicht dazu geschaffen worden, Menschen zu alimentieren, die erfüllbaren Forderungen schuldhaft und verantwortungslos aus dem Wege gehen. Wir Senioren begrüßen die von der Bundesregierung ange kündigte Neuausrichtung der Türkei-Politik. Wir dürfen aber den Dialog mit der Türkei trotz der Eskalation der Gewalt am Bosphorus nicht abreißen lassen. Es sei daran erinnert, dass knapp die Hälfte der türkischen Bevölkerung Erdogan misstraut und ihn nicht gewählt hat. Unsere Geduld mit dem Autokraten nähert sich aber der Nullgrenze, wenn dessen Schergen deutsche Menschenrechtler und türkische wie deutsche Journalisten willkürlich einsperren lassen. Im Übrigen, wer unserem Land und seiner Regierungschefin Nähe zum Nationalsozialismus vorhält, ist ein Strolch! Im Bereich der inneren Sicherheit begrüßt die Senioren-Union, dass künftig bundesweit mehr Polizisten eingestellt werden. Wer sich in den eigenen vier Wänden, auf der Straße und in Bussen und Bahnen nicht mehr sicher fühlen kann, verliert das Vertrauen in den Staat. Schutz vor Einbrüchen, Diebstählen und Gewalttaten bleibt eine der Kernaufgaben des

Staates. Wir Senioren fordern den Ausbau der Videoüberwachung im öffentlichen Raum und mehr Präsenz der Polizei im Straßenbild. Die schlimmen Bilder der Kölner Silvesternacht dürfen sich nicht wiederholen. Gewalttäter müssen wissen, dass sie von der Polizei und der Justiz konsequent verfolgt und bestraft werden. Wer rechtsfreie Räume duldet, hat bereits vor dem Unrecht kapituliert. Es sind eben keine unpolitischen Krawallkinder aus einem linken oder rechten gemütlichen Milieu, die Molotow-Cocktails auf Polizisten oder Flüchtlingsheime werfen. Es sind verabscheuungswürdige Terroristen. Mit Blick auf die Altersversorgung verlangt die Senioren-Union die Bildung einer „Unabhängigen Rentenkommission“, die frei von ideologischem Ballast und ergebnisoffen in der nächsten Legislaturperiode ein langfristig belastbares Konzept zur Vermeidung von Altersarmut vorlegt. Erfreulicherweise hat diese Forderung der Senioren-Union bereits Eingang in das Regierungsprogramm der Mutterpartei gefunden. Wer Jahrzehnte gearbeitet hat, muss generell mehr Rente bekommen als der, der nur wenig Beitragsjahre nachweisen kann. Auch muss die Einzahlung in die Riesterreente mit einem zusätzlichen Alterseinkommen honoriert und darf nicht mit der Grundsicherung verrechnet werden. Schließlich setzt sich die Senioren-Union dafür ein, dass Älteren auf Wunsch die Weiterbeschäftigung über das gesetzliche Rentenalter hinaus zukünftig noch wesentlich mehr erleichtert wird, ein Vorgang, der der gesamten Volkswirtschaft schon wegen des Facharbeitermangels zugutekäme. Und eine Altersdiskriminierung wäre es, so Älteren allein ihres Alters wegen die Erbringung einer Leistung verwehrt wird, zu der sie weiterhin fähig sind. In einer älter werdenden Gesellschaft wollen wir Senioren mehr aktive Mitwirkung in politischen Entscheidungsprozessen, ebenso bei der Aufstellung von Programmen. Die Union war gut beraten, die Vertreter der Älteren frühzeitig in die Beratungen über den künftigen Regierungskurs der Partei einzubinden und dabei das große Mobilisierungspotenzial der Senioren-Union zu nutzen. Den Freundinnen und Freunden der Senioren-Union rufe ich für die Wochen bis zum 24. September zu: Ärmel aufkrepeln und standfestes Schuhwerk, wir packen es!



Dr. Otto Wulff

Prof. Dr. Otto Wulff
 Bundesvorsitzender
 der Senioren-Union
 der CDU Deutschlands

/ FÜR EIN DEUTSCHLAND, IN DEM WIR *gut* UND GERNE *leben*



Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
vor der Bundes-
delegiertenver-
sammlung der
Senioren-Union
in Magdeburg

Am 24. September 2017 ist Bundestagswahl. Die Deutschen wählen ihr Parlament und entscheiden darüber, welche Richtung unser Land in den kommenden Jahren einschlagen wird. Wir wollen den erfolgreichen Kurs christdemokratischer Politik fortsetzen. Wir wollen, dass Deutschland ein Land bleibt, in dem wir, unsere Kinder und Enkel weiter gut und gerne leben.

Die Voraussetzungen dafür sind gut. Stabiles Wachstum, niedrige Arbeitslosigkeit und ein zum vierten Mal in Folge ausgeglichener Bundeshaushalt sind die Markenzeichen unserer Politik. Gleichzeitig investieren wir in die Zukunft – in Bildung, Forschung, bessere Straßen und schnelles Internet. Von steigenden Löhnen und Gehältern profitieren auch Rentnerinnen und Rentner. 2016 wuchsen die Renten so stark wie zuletzt vor 23 Jahren. Dazu beigetragen hat die verbesserte Mütterrente, die wir in dieser Legislaturperiode durchgesetzt haben. Wir haben ein zentrales Versprechen gehalten: 9,5 Millionen Eltern erhalten heute mehr Geld als Anerkennung ihrer wichtigen Erziehungsleistung.

Die Menschen spüren: Unser Land steht gut da. Das ist das Werk fleißiger Arbeitnehmer, mutiger Unternehmer und vieler ehrenamtlich Engagierter in allen Bereichen. Aber es ist auch die Folge richtiger politischer Weichenstellungen. Gerade in der älteren Generation wissen viele, welchen Wert Wohlstand, Frieden und Freiheit haben. Wir müssen für diese Errungenschaften weiter jeden Tag mit aller Kraft arbeiten. Nur dann wird es uns gelingen, die großen Herausforderungen der Zukunft – den demografischen Wandel, die Globalisierung, die Digitalisierung – zu meistern. Der Mensch mit seinen Bedürfnissen und Begabungen steht für uns im Mittelpunkt. Wir trauen den Menschen etwas zu. Wir wollen Raum lassen, damit sich die Talente jedes Einzelnen entfalten können. Jeder soll seine Chance ergreifen und nutzen können. Gleichzeitig unterstützen wir diejenigen, die Hilfe brauchen. Freiheit in

Verantwortung für andere – das ist das Leitbild unseres christlichen Menschenbildes und die Triebfeder der Sozialen Marktwirtschaft.

Zentral ist für uns der Zusammenhalt der Menschen in unserem Land. Gerade Familien mit Kindern liegen uns am Herzen und verdienen unsere Unterstützung. Wir wollen deshalb das Kindergeld und den Kinderfreibetrag spürbar erhöhen, um Familien mit Kindern finanziell zu entlasten. Ein Baukindergeld ermöglicht es künftig noch mehr Familien, sich den Traum vom Eigenheim zu verwirklichen. Familien, die Wurzeln schlagen – das ist nicht nur für Kinder wichtig, sondern auch für die Großeltern. Zum Beispiel in der Pflege älterer Menschen ist die Unterstützung von Angehörigen, die in der Nähe wohnen, wichtig. Mit dem Pflegestärkungsgesetz und der besseren Einstufung von Demenzerkrankungen haben wir die Situation Tausender pflegedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen bereits deutlich verbessern können. Daran wollen wir anknüpfen, den Fachkräftebedarf in der Pflege sichern sowie gerade im ländlichen Raum die ärztliche Versorgung flächendeckend gewährleisten.

Dass die Menschen heute immer älter werden, ist eine große Errungenschaft. Der demografische Wandel stellt jedoch auch die Frage nach der Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme. Deshalb werden wir eine überparteiliche Kommission einsetzen. Sie soll Vorschläge erarbeiten, um für die Zeit über das Jahr 2030 hinaus eine zukunftsfeste und generationengerechte Rente zu sichern. Mit der Rentenreform von 2007 haben wir die Weichen für eine stabile Rente bis 2030 gestellt. Sie sichert auch die

Generationengerechtigkeit und ist die Grundlage für das gute Miteinander von Jung und Alt in Deutschland.

Zusammenhalt und Zusammenarbeit bestimmen auch Deutschlands Rolle in Europa und in der Welt. Diese Rolle nie isoliert, sondern immer partnerschaftlich zu betrachten, das ist ein ganz zentrales Vermächtnis von Bundeskanzler Helmut Kohl. Sein Einsatz für die Deutsche Einheit konnte nur gelingen, weil er sich fest auf die europäische Einigung verpflichtete. Gut und gerne leben in Deutschland heißt für uns deshalb auch: gut und gerne leben in Europa. Wir wollen die Europäische Union so fortentwickeln, dass sie angesichts der Aufgaben im 21. Jahrhundert eine Erfolgsgeschichte bleibt. Denn Europa ist das große Glück unserer Tage. Wir Deutsche leben mit allen unseren Nachbarn in Frieden. Wir sind Teil des größten Binnenmarktes der Welt. Das zu erhalten – dafür lohnt sich jeder Einsatz. Diesen Geist in die Zukunft zu tragen, sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.

Gut und gerne in Deutschland leben, das heißt auch, in Sicherheit zu leben. Die Menschen in unserem Land können darauf vertrauen, dass

der Staat für ihre Sicherheit sorgt – beim Schutz vor Einbrüchen und Alltagskriminalität, beim Kampf gegen den Terrorismus und bei neuen Gefahren durch Cyberkriminalität. Um das weiter zu gewährleisten, werden wir in Bund und Ländern 15 000 neue Polizisten einstellen, den Einsatz von intelligenter Videoüberwachung ausweiten und Fahndungsmöglichkeiten der Polizei erweitern. Wir werden die Außengrenzen der EU noch besser schützen und Deutschlands Rolle als verlässlichen Partner in der Welt stärken. Wir setzen auf einen starken Staat, der sich schützend vor seine Bürgerinnen und Bürger stellt und auch die Schwächeren schützt. Wir dulden keine rechtsfreien Räume und bleiben die Partei der inneren Sicherheit.

Am 24. September 2017 treten wir ein für ein Land, in dem wir gut und gerne leben. Für ein Land, in dem die Menschen zusammenhalten, frei und sicher ihr Leben gestalten können. Dafür werben wir bei der Bundestagswahl, und dafür bitten wir die Menschen in unserem Land um beide Stimmen für die CDU.

Ihre
Dr. Angela Merkel

Bei Buchung unter dem Stichwort „Spurensuche“ erhalten Sie nach Verfügbarkeit ein kostenfreies Upgrade in die nächsthöhere Zimmerkategorie.

MARITIM
Hotel Magdeburg

Auf den Spuren von Martin Luther

Zum 500. Mal jährt sich die Veröffentlichung der 95 Thesen durch Martin Luther, gehen Sie auf Zeitreise und besuchen Sie die Sonderausstellung „Gegen Kaiser und Papst“.

Leistungen: 2 x Übernachtung inklusive reichhaltigem Frühstücksbuffet, 1 x Abendessen im Rahmen der Halbpension mit begleitenden Getränken, 1 x zweistündige Stadtführung, 1 x Besuch der Sonderausstellung im Kulturhistorischen Museum, kostenfreie Nutzung des Schwimmbads, kostenfreies Internet via Kabel und WLAN.

Preis pro Person: ab 165 € im Classic Doppelzimmer, ab 205 € im Classic Einzelzimmer.

Dieses Arrangement ist buchbar im Zeitraum der Sonderausstellung vom 3. September 2017 bis 28. Januar 2018, ausgenommen 23. bis 26. Dezember 2017 und 30. Dezember 2017 bis 1. Januar 2018.

MARITIM Hotel Magdeburg · Otto-von-Guericke-Straße 87 · 39104 Magdeburg
Telefon 0391 5949-893 · Telefax 0391 5949-990 · info.mag@maritim.de · www.maritim.de
Betriebsstätte der MARITIM Hotelgesellschaft mbH · Herforder Straße 2 · 32105 Bad Salzuflen



Bundestagswahl am 24. September 2017

60plus | DIESE WÄHLERGRUPPE ENTSCHEIDET

Die Landtagswahlen in diesem Jahr haben in besonderem Maße gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler ab 60 Jahre mächtiger sind denn je. Sie sind auch im September das berühmte Zünglein an der Waage ...

Sind Umfragen noch aussagekräftige und seriöse „Seismographen“ für kommende Wahlergebnisse? Wie verlässlich sind Wahlprognosen noch, wenn sich immer mehr Menschen erst kurz vor der Wahl – manchmal auch erst im Wahllokal – dazu entscheiden, wo sie ihr Kreuz machen? Der Trend geht dahin, dass Wahlprognosen immer öfter danebenliegen, wenn am Wahltag abgerechnet wird. Vieles unterliegt dem gesellschaftlichen Wandel, zu dem auch gehört, dass es heute mehr Wechselwähler gibt als früher und das die sog. „Stammwählerschaft“, also die Kernklientel von Parteien – insbesondere von CDU und SPD –, fortwährend zu schrumpfen scheint.

Aber eine Konstante, die zieht sich unabhängig jeglichen Wandels wie ein roter Faden durch die Wahlen der letzten Jahre oder gar Jahrzehnte: die Bedeutung der älteren Generation ab 60 Jahre für Wahlerfolge von Parteien! Ebendieser Trend der letzten Jahre und Jahrzehnte, dass sich das politische Einflusspotenzial der älteren Wahlberechtigten – rein quantitativ – immer weiter erhöht hat, wird sich auch in Zukunft fortsetzen. Wir, die Über-60-Jährigen, sind die wichtigste Wählergruppe! Bei der kommenden Bundestagswahl am 24. September 2017 werden die Seniorinnen und Senioren den Ausgang so stark beeinflussen wie bei keiner anderen Wahl zuvor. Mit gut 36 Prozent ist die Altersgruppe 60plus

„**Wir, die Über-60-Jährigen, sind die wichtigste Wählergruppe!**“

zum ersten Mal die größte Gruppe der Wahlberechtigten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die 40- bis 59-Jährigen stellen knapp 35 Prozent der Wahlberechtigten, und nicht einmal ein Drittel ist jünger als 40 Jahre (knapp 30 Prozent).

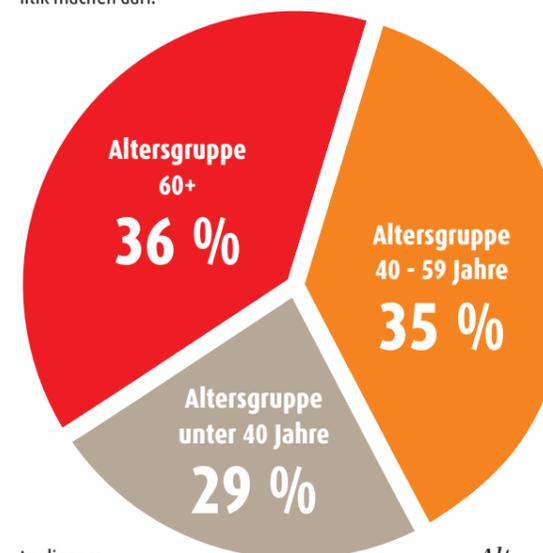
Die Kräfteverhältnisse zwischen den Generationen verschieben sich immer mehr. 1990 hatten die 60-Jährigen einen Anteil von gut 25 Prozent an den Wahlberechtigten, 1953 lag er bei ca. 22 Prozent. Hinzu kommt, dass die Wahlbeteiligung bei den Älteren deutlich höher ist. Anders formuliert: Der Einfluss der Älteren auf Wahlausgänge ist durch ihre Wahlbeteiligung noch höher, als es ihr Anteil an den

Wahlberechtigten ausdrückt. In Zahlen: Bei der Bundestagswahl 2013 lag die Wahlbeteiligung bei den über 60-Jährigen bei über 76 Prozent, während nur gut zwei Drittel (ca. 64 Prozent) derjenigen, die jünger als 40 Jahre alt waren, ihre Stimme abgegeben haben. Auf Grundlage aktueller Bevölkerungsvorausberechnungen des Demografieportals des Bundes und der Länder könnten ab 2040 ca. 45 Prozent der Wahlberechtigten mindestens 60 Jahre alt sein, davon 30 Prozent über 70 Jahre.

Für die CDU bzw. die Union gilt deshalb mit Blick auf die Bundestagswahl im September: Gewinnt sie nicht bei der Wählergruppe 60plus, wird sie die Wahl verlieren! 2013 waren rund 43 Prozent der CDU-Wählerschaft 60 Jahre und älter, der Ausgang der Bundestagswahl ist bekannt. Klar ist: Ohne die Älteren sind schon lange keine Wahlen mehr zu gewinnen, das haben nicht nur die letzten vier NRW-Landtagswahlen (2005, 2010, 2012 und 2017) gezeigt, sondern auch die Bundestagswahl 2013, die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr sowie die Landtagswahlen in 2017.

2016 lief es nicht für die CDU bei den Wahlen. In Baden-Württemberg gewannen erstmals die Grünen eine Landtagswahl und erzielten dabei sehr deutliche Zugewinne in der Gruppe der Seniorinnen und Senioren: plus 13,5 Prozent bei den 60- bis 69-Jährigen und plus 13,7 Prozent bei den mindestens 70-jährigen Wählerinnen und Wählern. In beiden Altersgruppen musste die CDU ihre größten Verluste hinnehmen: minus 18,4 bzw. minus 17,7 Prozent. Unter dem Strich wählten 28 Prozent der Wählerinnen und Wähler ab 60 Jahre die Grünen – und nur noch 32 Prozent die CDU, jetzt ist die CDU Juniorpartner in der Regierung.

Bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz votierten 42 Prozent der 60- bis 69-Jährigen für den Wahlsieger SPD, nur 34 Prozent für die CDU. Insgesamt wählten 41 Prozent in der Altersgruppe 60plus die SPD, 38 Prozent die CDU, die seitdem weiter Oppositionspolitik machen darf.



Altersstruktur der Wahlberechtigten 2017

In diesem Jahr neigt sich das Wahlpendel bislang ausschließlich der CDU zu. Bei der Landtagswahl im Saarland in diesem Jahr hat die CDU einen furiosen Sieg errungen. Die höchste Zustimmung bekam sie dabei bei den älteren Wählerinnen und Wählern: Laut einer Nachwahlbefragung der Forschungsgruppe Wahlen stimmte jeder zweite Über-60-Jährige für die CDU! In dieser Bevölkerungsgruppe ist die CDU im Saarland traditionell stark, und die Älteren beteiligen sich zudem in der Regel auch überdurchschnittlich an Wahlen. Besonderes Merkmal im Saarland ist darüber hinaus, dass die Senioren dort besonders einflussreich sind, denn nirgendwo in Westdeutschland ist ihr Anteil an der Bevölkerung größer als dort. Auch in Schleswig-Holstein verhalten die Älteren der CDU zum Sieg bei der diesjährigen Landtagswahl und damit zur Regierungsverantwortung.

Mit Blick auf das Alter der Wählerinnen und Wähler punktete die CDU vor allem bei der älteren Generation: In der Gruppe 60plus ließ sie alle anderen Parteien weit hinter sich und erhielt 39 Prozent der Stimmen, die SPD dagegen bekam nur 29 Prozent.

Auch die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai dieses Jahres hat in besonderem Maße gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler ab 60 Jahre mächtiger sind denn je. Wahlanalysen besagen, dass in der Wählergruppe 60plus die CDU die SPD klar besiegen konnte: 43 zu 34 Prozent. In allen anderen Altersgruppen lagen CDU und SPD mit wechselndem Vorsprung nur wenige Prozentpunkte voneinander entfernt. Vor diesem Hintergrund sind Politikerinnen und Politiker gut beraten, die Interessen Älterer nicht nur in Sonntagsreden oder TV-Sendungen in den Mund zu nehmen, sondern sie auch in ihre Wahlprogramme einfließen zu lassen.

Es geht um Respekt vor den Anliegen der Älteren! Verhältnisse wie in den Niederlanden, wo es für die ältere Generation ab 50plus eine eigene Partei gibt, die mittlerweile mit vier Sitzen – in den Niederlanden reichen 0,67 Prozent der Stimmen für einen Sitz – im niederländischen Parlament vertreten ist, wollen die etablierten Parteien in Deutschland nicht. Andererseits gibt es z.B. die „Generali Altersstudie“ von 2013, nach der sich die überwältigende Mehrheit von 80 Prozent der 65- bis 85-Jährigen in Deutschland für eine eigene Interessenvertretung für Ältere auf Bundesebene ausspricht. Man kann das gut finden oder nicht, in jedem Fall sollte die CDU die Älteren nachhaltig ernst nehmen und respektieren. Nicht nur mit Blick auf den Wahltag am 24. September, sondern auch darüber hinaus ...

FS

1 EINE *Doppel-* besteuerung

DARF ES NICHT GEBEN

Ab dem Jahr 2040 unterliegen Renten aus der Gesetzlichen Rentenversicherung vollständig der nachgelagerten Besteuerung. Die Rentenbeiträge werden dann nicht mehr aus versteuertem Einkommen geleistet.

Wir sind inmitten dieses Umstellungsprozesses zur nachgelagerten Besteuerung von Renten. Auslöser dafür war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2002.

Das Gericht hatte entschieden, dass Pensionen und Renten künftig steuerlich gleich zu behandeln seien. Bis dahin galt die Norm, dass Pensionen vollständig versteuert wurden, da für sie während des Erwerbslebens keine Beiträge gezahlt werden. Renten wurden hingegen nur mit dem Ertragsanteil steuerlich herangezogen, da die Beiträge aus versteuertem Einkommen stammten.

Hierin sah das Gericht den Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes verletzt. Die Verfassungsrichter gaben dem Gesetzgeber auf, das zu ändern. Dabei musste gewährleistet sein, dass es nicht zu einer Doppelbesteuerung kommt. Wenn Renten künftig besteuert würden, dürfte dies bei den Beiträgen zur Rentenversicherung nicht mehr geschehen.

Die Schlagzeile, dass Renten künftig doppelt besteuert würden, sorgte somit im vergangenen Jahr verständlicherweise für große Aufmerksamkeit. Die Sorge vor deutlich geschmäleren Rentenbezügen im Alter veranlasste auch Souverän (Ausgabe 3-2016, S. 25) dazu, das Thema aufzugreifen. Dort berichtete das Magazin über eine Studie des Finanzmathematikers Werner Siepe und seines Bruders Günter, eines Steuerberaters, die eine drohende Zweifach-Besteuerung der Rente belegen sollte. Das wäre ein Tatbestand, den das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich untersagt hatte.

Die Union hat den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts und dessen gesetzliche Umsetzung von Anfang an sehr eng begleitet. Wir

wollen sicherstellen, dass Rentner vom Staat nicht doppelt zur Kasse gebeten werden.

Mit dem Alterseinkünftegesetz hat die damalige rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2004 das Urteil des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt. Das Gericht hatte dem Gesetzgeber dafür Gestaltungsspielraum eingeräumt. Die Festlegung, dass Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung ab dem Jahr 2040 vollständig nachgelagert besteuert, die Beiträge dafür aber künftig steuerlich freigestellt werden, war eine freie Entscheidung von Rot-Grün. Man hatte sich damals für diese Lösung entschieden, weil der Grenzsteuersatz im Rentenalter niedriger ist als zu Zeiten des Erwerbslebens und um den Zinseszinsseffekt für ertragsreichere Rentenleistungen zu nutzen.

Die damalige Bundesregierung hatte auch festgelegt, den Übergang zur nachgelagerten Besteuerung schrittweise durchzuführen. Damit sollte eine Doppelbesteuerung ausgeschlossen werden. So begann ab dem Jahr 2005 die Besteuerung der Rentenbezüge. Im ersten Jahr mussten 50 Prozent der Rentenbezüge besteuert werden. Im Jahr 2040 werden dann 100 Prozent der Rentenbezüge besteuert.

In gleicher Höhe steigt von Jahr zu Jahr der Sonderausgabenabzug, mit dem die Beiträge zur Rente während des Berufslebens steuerlich absetzbar sind.

Schon damals war offensichtlich, dass es sich hierbei um eine weitangelegte, generelle Regelung handeln würde. Diese schloss eine Individualprüfung jedoch nicht aus. Eine Öffnungsklausel im Gesetz sollte eine Doppelbesteuerung der Rentenbezüge verhindern. Danach wird bei Beträgen, die bis 2004 über zehn Jahre hinweg oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Rente gezahlt wurden, in der Rentenphase nur der Ertragsanteil besteuert.

Im vergangenen Jahr wurden Befürchtungen laut, dass spätestens ab 2020 vielen Rentnern eine Doppelbesteuerung drohe. Anja Karliczek, Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im Finanzausschuss des Bundestages, bringt Licht in diese komplexe Problematik.



Seit dem Urteil von 2002 hielt die Debatte um die Doppelbesteuerung an, und es hat seitdem immer wieder Rechtsprechungen des Bundesverfassungsgerichts dazu gegeben. Alle Fälle, die dem Bundesverfassungsgericht zur Prüfung dieser Thematik vorgelegt wurden, hat das Gericht als verfassungsgemäß beurteilt. So sieht das Gericht beispielsweise den Gleichheitsgrundsatz nach Artikel 3 des Grundgesetzes gewahrt. Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleich zu behandeln. Dieser Grundsatz gilt immer und ist nicht verhandelbar. Um bestimmte großangelegte Vorgänge zu vereinfachen, darf der Gesetzgeber aber generalisieren und hat Gestaltungsspielräume. Eine Veränderung der steuerlichen Behandlung der Alterseinkünfte gehört dazu.

Auch die Grundsätze des Vertrauensschutzes und das Rückwirkungsverbot hält das Gericht für beachtet. Um alle Altersbezüge gleich besteuern zu können, hat die Bundesregierung die Besteuerung aller bestehenden Altersvorsorgesysteme einander angeglichen. Kern der Regelung ist, dass alle Basisvorsorgesysteme künftig der nachgelagerten Besteuerung unterliegen. Diese Neuregelung begann damit, dass 50 Prozent der Rentenbezüge im ersten Jahr in das steuerpflichtige Einkommen hineingerechnet wurden. Das erschien dem Gericht als geeignet, um Renten und Pensionen unmittelbar und kontinuierlich steuerlich aneinander anzupassen.

Das Gericht hat jedoch auch klargestellt, dass es zu einer Doppelbesteuerung kommen kann. Betroffen sein können die Jahrgänge, die kurz vor Ende der Umstellungsphase in Rente gehen, wenn also ihre Rentenbezüge fast vollständig der Besteuerung unterliegen. Grund dafür ist, dass die steuerliche Abzugsfähigkeit, d.h. der Sonderausgabenabzug für die Beiträge in die Rentenversicherung, in der ersten Zeit nach der Einführung des Alterseinkünftegesetzes sehr gering war. Ob in diesen Fällen tatsächlich gegen das Doppelbesteuerungsverbot verstoßen wurde, wird sich jedoch erst dann feststellen lassen, wenn die Betroffenen Renten beziehen, so das Gericht.

Durch die höchstrichterliche Rechtsprechung werden Renten künftig in Gänze zu den Einkünften gehören, die der Besteuerung unterliegen. Wie hoch die Steuern letztlich sein werden, hängt dann davon ab, was steuerlich abgesetzt werden und ob dies bei einer möglichen Doppelbesteuerung berücksichtigt werden kann. So wurde bislang beispielsweise noch nicht festgelegt, wie Abzugs-, Frei- und Pauschbeiträge konkret zu berechnen sind, wenn das

Verbot der doppelten Besteuerung für Beiträge und Renten im Einzelfall konkret umgesetzt werden muss.

Nach Meinung des Gerichts muss aber eine Entscheidung darüber, welche Punkte bei einer verfassungsrechtlichen Prüfung der Doppelbesteuerung relevant sein werden, derzeit noch nicht getroffen werden. Dies kann erst erfolgen, wenn die Renten steuerlich veranlagt werden und die Frage der Doppelbesteuerung aktuell ist.

Wir als CDU nehmen den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst: Es darf nicht zu einer Doppelbesteuerung von Renten kommen. Um das ausschließen zu können, wollen wir in der nächsten Wahlperiode den Sonderausgabenabzug bei den Beiträgen zur Altersvorsorge überprüfen. In einem ersten Schritt soll auch der Sonderausgabenabzug eine Öffnungsklausel erhalten. Damit wollen wir in allen erdenklichen Einzelfällen den Sonderausgabenabzug mindestens der Höhe der in der Auszahlung steuerpflichtigen Alterseinkünfte anpassen. Generell könnte der Sonderausgabenabzug anschließend nachjustiert werden.

Wir wollen prüfen, ob die fraglichen Fälle einer möglichen Doppelbesteuerung tatsächlich Einzelfälle sind oder ob dies verbreitet vorkommt. Sollte Letzteres der Fall sein, wollen wir individuelle Prüfungen durchführen lassen.

Damit wollen wir dem vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Auftrag nachkommen, dass jeder Rentner gerecht besteuert wird. Auch in der kommenden Legislaturperiode werden die Themen Rente und Altersvorsorge weiter eine zentrale Rolle spielen. Glücklicherweise werden die Menschen immer älter. Wir stehen dabei vor der Herausforderung, für ein verlässliches Auskommen im Alter zu sorgen und dabei die Belastungen der jüngeren Generation im Blick zu behalten. Mit einem umfassenden Rentenpaket haben wir in dieser Legislaturperiode Verbesserungen bei der Rente durchgeführt. Diesen Kurs setzen wir fort. Damit die Rente verlässlich bleibt. 



„UNSER REGIERUNGSPROGRAMM IST SEHR ambitioniert“



Der Bund der Steuerzahler rechnete vor einigen Wochen vor, dass den Deutschen von jedem verdienten Euro nach Abzug von Steuern und Abgaben nur 45,4 Cent bleiben. Das klingt nach Handlungsbedarf. Fragen an Antje Tillmann MdB, seit 2014 finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nach Berechnungen der OECD vom April 2017 ist Deutschland in der Steuer- und Abgabenbelastung Weltspitze, nur Belgier zahlen mehr. Sind die steuerpolitischen Pläne der Union – eine Gesamtentlastung von 15 Mrd. Euro – vor diesem Hintergrund und angesichts von geschätzten Steuermehreinnahmen in Höhe von 55 Mrd. Euro nicht ausgesprochen geizig? Müsste die Entlastung für die Bürger nicht doch etwas großzügiger ausfallen?

Die Abgabenquote allein sollte man nicht zum Maßstab machen. Wir müssen stattdessen berücksichtigen, was sich Deutschland insbesondere im Bereich der Sozialversicherungen alles leistet. Denn in der Diskussion stehen immer nur die Einnahmen, aber nur sehr selten die Leistungen unseres Staates. Insofern sagt die Abgabenlast wenig aus.

Unabhängig hiervon haben wir immer gesagt, dass wir Spielräume für Entlastungen nutzen wollen. Dabei wollen wir auch nach 2017 auf neue Schulden verzichten. Finanzielle Spielräume durch höhere Steuereinnahmen wollen wir zu gleichen Teilen nutzen für Investitionen in unsere Zukunftsfähigkeit und Sicherheit, Steuerentlastungen und Schuldentilgung.

Die beabsichtigten Entlastungen sind dabei alles andere als kleinlich. Zwar haben wir jetzt Haushaltsüberschüsse, die aber auch Ergebnis der langanhaltenden guten Konjunktur und des

niedrigen Zinsumfelds sind. Zudem dürfen wir auch nicht die Sozialversicherungen aus dem Auge verlieren. Da reden wir über die Kranken- und Pflegeversicherung. Auch gilt es, die Staatsschuldenquote weiter zu reduzieren, um langfristig einen soliden Haushalt zu gewährleisten. Auch gilt es, mehr zu investieren, um z. B. die Infrastruktur zukunftsfest zu machen. Alles in allem also viele Aufgaben, vor deren Hintergrund die derzeitigen Überschüsse gar nicht so riesig erscheinen.

Dies vorausgeschickt, ist unser Regierungsprogramm allerdings sehr ambitioniert. Darin schlagen wir Entlastungen vor, die über die genannten 15 Mrd. € deutlich hinausgehen. Die 15 Mrd. € beziehen sich auf die Entlastungen im Einkommensteuertarif. Zusätzlich wollen wir Familien entlasten, aus dem Solidaritätszuschlag aussteigen, die Eigentumsquote durch ein Baukindergeld fördern und einen Freibetrag für das selbstgenutzte Wohneigentum einführen sowie den Mietwohnungsmarkt durch eine steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus bzw. eine Förderung der energetischen Gebäudesanierung entlasten, um nur einige Maßnahmen zu nennen.

Zu den geplanten Entlastungen gehören eine Erhöhung des Kinderfreibetrages und eine stufenweise Abschaffung des Soli. Der Abbau des Soli soll dabei an die

Wirtschaftsleistung gekoppelt werden. Wie darf man sich das genau vorstellen und warum so kompliziert?

Wir werden die finanzielle Situation junger Familien verbessern, indem wir den Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf das Niveau des Erwachsenenfreibetrags anheben und das Kindergeld entsprechend erhöhen. In einem ersten Schritt werden wir das Kindergeld um 25 € je Kind erhöhen. 300 € mehr pro Kind und Jahr sind ein starkes Signal. Den Solidaritätszuschlag wollen wir schnellstmöglich für alle Steuerpflichtigen – und nicht wie die SPD nur für einige Steuerzahler – schrittweise abschaffen. Da der Zuschlag im Jahr 2020 bereits ein Volumen von fast 20 Mrd. € hat, muss der Abbau haushaltsvertraglich erfolgen. Wir wollen deshalb mit Entlastungen beim Soli von rund 4 Mrd. € beginnen. Sollten die Steuereinnahmen darüber hinaus Spielräume erlauben, könnte die Entlastung auch höher ausfallen.

Kleine und mittlere Einkommen sollen entlastet werden, insbesondere Familien stehen dabei im Fokus. Können Sie die Pläne in diesem Punkt konkretisieren? Entlastung sollen vor allem der Mitte unserer Gesellschaft, also Familien mit Kindern, Arbeitnehmern, Handwerkern, zugutekommen. Dazu wollen wir den Einkommensteuertarif insgesamt gerechter ausgestalten und den sogenannten „Mittelstands-

bauch“ verringern. Der Spitzensteuersatz, der häufig bereits bei Einkommen von Facharbeitern, Krankenschwestern und Mittelständlern greift, soll künftig erst bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 60.000 € einsetzen. Die Anhebung des sog. Spitzensteuersatzes wird dazu führen, dass über den gesamten Tarifverlauf – also auch für Geringverdiener oder Rentner – die Einkommensteuerbelastung sinkt. Damit entlasten wir alle Steuerpflichtigen. Damit soll es für Familien aber nicht getan sein: Wir wollen jungen Familien – neben der Anhebung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags – zusätzlich beim Erwerb von Wohneigentum helfen. Damit der Traum vom eigenen Heim häufiger realisiert werden kann, werden wir ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 € je Kind und pro Jahr einführen, das über einen Zeitraum von zehn Jahren gezahlt werden soll. Zugleich wollen wir einen Freibetrag für den Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums bei der Grunderwerbsteuer einführen.

Die SPD will sogenannte Gutverdiener abkassieren, will Einkommen von 60.000 Euro bereits mit 42 %, ab 76.000 Euro mit 45 % belegen. Das bedeutet, dass Leistungsträger unserer Gesellschaft (wie Handwerker, eine große Anzahl von Selbstständigen, die als Personenfirma organisiert sind, aber auch

bestimmte Gruppen von Facharbeitern) fast die Hälfte ihres Einkommens direkt an den Staat abführen sollen, unabhängig von anderen Abgaben. Wie steht die CDU zur Diskussion um den Spitzensteuersatz? Wir lehnen Pläne, die Steuern anzuheben, ab. Schon heute tragen die oberen Einkommenschichten einen Großteil zum Steueraufkommen bei. Insofern ist es nur konsequent, den Beginn, ab dem der Spitzensteuersatz von 42 % gilt, von derzeit rund 54.000 € auf 60.000 € anzuheben. Die Pläne der SPD gehen da in die falsche Richtung, gerade Leistungsträger noch stärker belasten zu wollen. Denn die derzeitigen Grenzen treffen nicht nur Spitzenverdiener.

Das Thema Rente kommt im Wahlprogramm der CDU kaum vor. Es sind also auch keine Änderungen an der 2005 beschlossenen nachgelagerten Besteuerung geplant? Es bleibt ebenso bei der 100-prozentigen Besteuerung von Betriebsrenten?

Wir wollen eine gerechte nachgelagerte Besteuerung von Renteneinkünften sicherstellen. Dabei orientieren wir uns an dem Grundsatz: Renteneinkünfte, die auf vollbesteuerten Rentenbeiträgen beruhen, sind steuerfrei. Damit vermeiden wir, dass Rentenbestandteile zweimal mit Einkommensteuer belegt werden.

“ Mit unserem Programm „Bürgerfreundliche Verwaltung“ sorgen wir dafür, dass die Bearbeitung und Abgabe von Steuererklärungen grundlegend vereinfacht werden. “

Die steuerliche Erfassung von Renten wurde mit dem Alterseinkünftegesetz zum 1. Januar 2005 grundlegend geändert. Der Gesetzgeber hat bei der Neuregelung bestehende Gestaltungsspielräume zugunsten der Steuerpflichtigen genutzt: Der Wechsel zum neuen Recht erfolgt schrittweise, abhängig vom Jahr des Rentenbeginns. Es wird ein jährlich zu gewählender Rentenfreibetrag ermittelt. Bei Rentenbeginn im Jahre 2005 beträgt er 50 % der Bezüge, und für jeden hinzukommenden Jahrgang wird der Besteuerungsanteil erhöht.

Der steuerfreie Anteil orientiert sich daran, dass in der Vergangenheit ein steuerfreier Arbeitgeberanteil gewährt wurde und außerdem die geleisteten Beiträge – teilweise – als Aufwendungen steuerlich geltend gemacht werden konnten. Daher erfolgt erst bei im Jahr 2040 beginnenden Renten eine vollständige Besteuerung. Im Hinblick auf einen Rentenbeginn 2005 bedeutet dieses System im Ergebnis, dass ein Rentner mit einer Jahresbruttorente von ca. 17.600 € steuerunbelastet bleibt. Bei einem Rentenbeginn 2017 reduziert sich die steuerunbelastete Rente wegen der höheren Besteuerungsanteile auf ca. 14.000 €.

Bei der Umstellung auf die nachgelagerte Besteuerung haben wir aber auch Einzelfälle identifiziert, in denen es zu Doppelbesteuerungen kommen kann. Diese wollen wir schnellstens lösen.



Rentenerhöhungen sorgen dafür, dass Jahr für Jahr mehr Rentner eine Steuererklärung abgeben müssen. So mussten 2015 wegen Mehreinnahmen von wenigen Euro etwa 70.000 Rentner eine Steuererklärung abgeben, insgesamt vier Millionen Rentner sind inzwischen steuerpflichtig. Wie sind die Erfahrungen, hat sich der Besteuerungsprozess inzwischen eingespielt?

Das Besteuerungsverfahren spielt sich gerade ein. Rentner, die aus dem Erwerbsleben ausscheiden und zumeist wegen ihrer Gesamteinkünfte auch mit ihren Renten sofort steuerpflichtig sind, haben keine Probleme, ihren Erklärungspflichten nachzukommen. Im Jahr 2017 sind dabei ca. 4,25 Mio., 2018 4,35 Mio. Rentner mit ihren Renten steuerpflichtig. Durch Rentenerhöhungen wachsen 2017 ca. 40.000 und 2018 weitere 80.000 Rentner in die Steuerpflicht.

Allerdings sprechen Sie ein Problem an, das gerade Rentner betrifft, die

nachträglich in die Steuerpflicht hineinwachsen. Diese kennen oftmals ihre Steuerpflicht nicht und sind mit den Formularen bzw. mit Elster überfordert. Hier brauchen wir Lösungen, um den Rentnern ihre Erklärungspflichten zu erleichtern. Mit unserem Programm „Bürgerfreundliche Verwaltung“ sorgen wir dafür, dass die Bearbeitung und Abgabe von Steuererklärungen grundlegend vereinfacht werden. Jedem Rentner werden vorausgefüllte Formulare zur Verfügung stehen, in denen wesentliche Angaben zu Einkünften, Freibeträgen und Höhe der Sozialabgaben bereits berücksichtigt sind.

Das Steuerrecht wird durch ständige Neuregelungen immer unübersichtlicher. Gibt es nicht auch Möglichkeiten zum Abbau von Vorschriften und Regelungen, sprich: Bürokratieabbau?

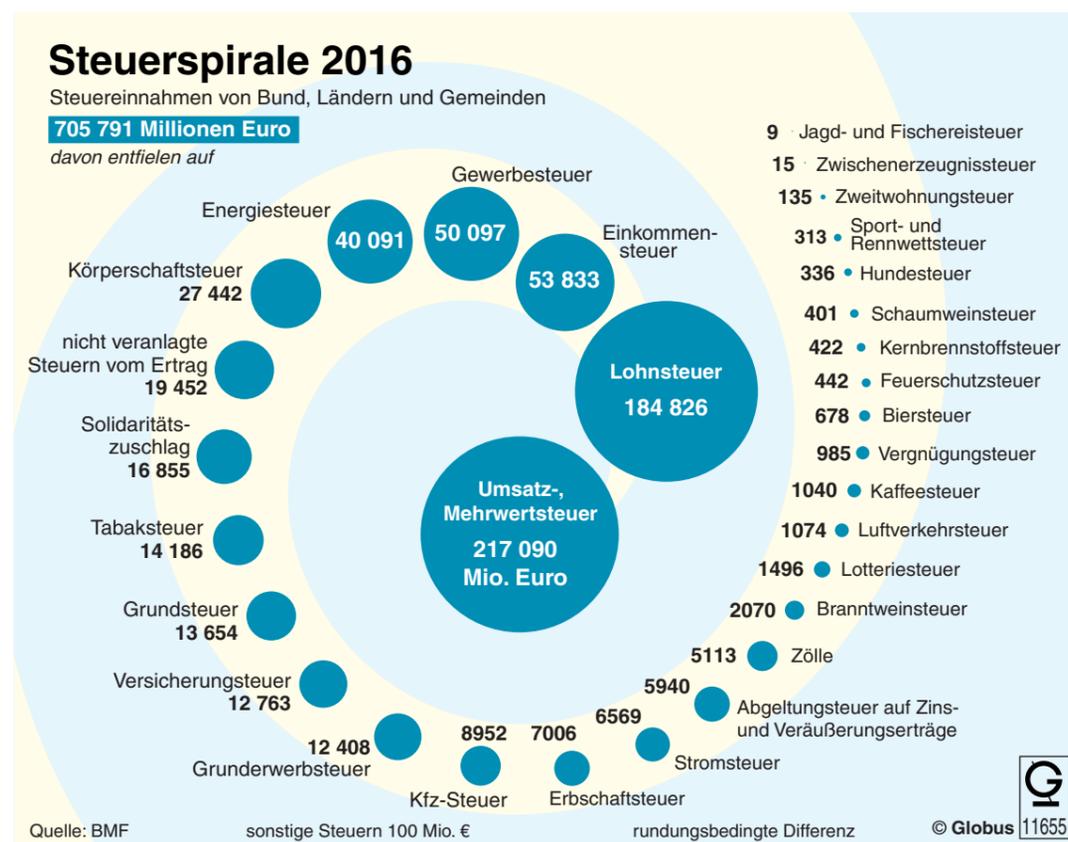
Das Thema Bürokratieabbau ist und bleibt eine Dauerbaustelle, die wir nicht aus dem Blick verlieren dürfen. Hier haben wir in dieser Legislaturperiode

“*Wir wollen eine gerechte nachgelagerte Besteuerung von Rentneinkünften sicherstellen*“

bereits viel erreicht. Erinnern möchte ich an das Steuermodernisierungsgesetz, durch das das Besteuerungsverfahren zukünftig voll elektronisch laufen kann, Belege nicht mehr eingereicht werden müssen und die Abgabefrist verlängert wurde.

Mit der vorausgefüllten Steuererklärung haben wir einen ersten Schritt unternommen, um die Verfahren zu erleichtern. Wir sollten aber noch einen Schritt weiter gehen. Daten, die dem Finanzamt vorliegen – wie z. B. über die Renten –, sollte das Finanzamt von sich aus übernehmen, ohne dass sie erklärt werden müssen. Dies könnte bei Rentnern dazu führen, dass sie u.U. überhaupt keine Erklärungen mehr abgeben müssen. Sie würden dann vom Finanzamt lediglich ihren Steuerbescheid mit den angesetzten Daten erhalten, könnten den Bescheid überprüfen und ggf. noch außergewöhnliche Belastungen oder andere einkommensmindernde Tatsachen erklären. Das wäre eine echte Vereinfachung. 

Im Jahr 2016 beliefen sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden auf rund 706 Milliarden Euro. Die Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Verwaltungsebenen ist in Art. 106 des Grundgesetzes geregelt.



/ NACHHALTIG, DIGITAL UND smart

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen

Wenngleich aktuell die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für die Bundesrepublik oder Nachhaltigkeitskonzepte vieler Länder wie bspw. Nordrhein-Westfalen verabschiedet wurden, bilden die Kommunen in vielerlei Hinsicht die Basis der Nachhaltigkeitsbewegung. Sie sind es, die das Thema seit langem aufgegriffen und vorangetrieben haben. Ganz konkret vor Ort wird sich letztendlich entscheiden, ob nachhaltige Entwicklung und die Umsetzung der 2030-Agenda ein Erfolg werden – dort werden die Globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) in erster Linie umgesetzt. Dies haben die im Oberbürgermeister-Dialog „Nachhaltige Stadt“ des RNE (Rat für Nachhaltige Entwicklung) organisierten Verwaltungschefs nachdrücklich bekräftigt: „Die globalen Nachhaltigkeitsziele und die weltweite Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung sind auch für die deutschen Kommunen richtungsweisend.“ „Nachhaltig“ ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können. Von „enkelgerechtem Handeln“ wird oft verkürzt gesprochen. Nachhaltige Entwicklung ist eine möglichst generationengerechte, aber auch ganzheitliche, global verantwortliche und partizipative Vorgehensweise.

Digitalisierung – Unterstützung auf dem Weg zur Nachhaltigen Kommune 2030
„Digitalisierung“ ist heute überall. Auch die Kommunen können sich der Digitalisierung nicht entziehen. Im Gegenteil: Sie sollten die Chancen nutzen, die in der Digitalisierung stecken – gerade, um nachhaltige Entwicklung zu fördern.

E-Government-Lösungen beispielsweise haben unter Beweis gestellt, dass Verwaltungsabläufe dank digitaler Unterstützung deutlich effizienter werden können. Die Vorteile liegen auf der Hand: Eine effektive Verwaltung stärkt den (regionalen) Wirtschaftsstandort, die Bürger können umfassender an politischen Willensbildungsprozessen beteiligt werden, und auch die öffentliche Daseinsvorsorge kann profitieren. In intelligenten Strom- und Wassernetzen

beispielsweise werden Verbrauch und Angebot optimal aufeinander abgestimmt. Wenn ÖPNV, Carsharing-Angebote und die Nutzung privater Verkehrsmittel mittels digitaler Hilfsmittel bestmöglich verzahnt sind, leistet dies einen wertvollen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme. Und damit letztendlich zu einer nachhaltigen Entwicklung. Der OB-Dialog Nachhaltige Stadt betont deshalb: „Die Digitalisierung ist Chance und Herausforderung zugleich. Wir erkennen die großen Potenziale für eine nachhaltige Entwicklung in unseren Kommunen ...“

Smart Cities

Auch Smart City-Konzepte haben Potenziale für die nachhaltige Entwicklungsstrategie einer Kommune, wenngleich es bislang noch kaum eine allgemein anerkannte Definition der „Smart City“ gibt. Der Begriff Smart City wurde bereits Ende der 1990er Jahre geprägt. Heute stehen bei der „Smart City“ unter anderem Energie und Mobilität sowie Klimaschutz und Lebensqualität im Mittelpunkt. Thematisch ähnliche Begriffe sind – dies wird bspw. deutlich am Konzept der Smart City Wien – Sustainable City, Green City oder Klimaneutrale Stadt. Smart ist eine Kommune, in der systematisch Informations- und Kommunikationstechnologien eingesetzt werden, um den Verbrauch von Ressourcen zu verringern, die Lebensqualität der Bürger und die Wettbewerbsfähigkeit der ansässigen Wirtschaft dauerhaft zu erhöhen. Es geht also – egal, ob Großstadt oder ländlicher Raum – darum, die Zukunftsfähigkeit der Kommune zu verbessern und damit letztlich nachhaltige Entwicklung zu fördern.

„Nachhaltig“ und „smart“ – zwei sich ergänzende Konzepte

Es hat sich gezeigt: „Nachhaltig“ und „Smart“ sind nicht per se Gegensatzpaare oder stehen sich gar im Weg. Vielmehr ergänzen sie sich und haben inhaltliche Schnittstellen, wenngleich sie nicht „zwei Seiten ein und derselben Medaille“ sind. Beides zusammen zu denken aber schafft einen Mehrwert für Kommunen – dann, wenn die Chancen der Digitalisierung ausgeschöpft werden. 

2017, dreißig Jahre nach Erscheinen des Berichtes der Brundtland-Kommission hat das Konzept der Nachhaltigkeit nichts an Aktualität für deutsche Kommunen eingebüßt. Im Gegenteil. Immer mehr Städte, Kreise und Gemeinden haben das Thema auf der Tagesordnung.



Oliver Haubner ist Senior Project Manager im Programm Lebenswerte Kommune der Bertelsmann Stiftung

„MANGEL AN GELD ODER AN Ingenieuren?“

Wer in Deutschland mit dem Auto unterwegs ist, erlebt vor allem Baustellen, Stau und Stillstand. Der Grund: Die Infrastruktur muss vielerorts auf Vordermann gebracht werden. Das Sanierungstempo wird nicht nur vom Geld bestimmt, sondern auch vom abrufbaren ingenieurtechnischen Know-how. Hapert es an beidem?

Der Investitionsrückstand bezüglich Straßen und Brücken in Deutschland wird von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im aktuellen Kommunalpanel 2017 auf 34 Milliarden Euro beziffert. Gleichzeitig kommt aus der Hauptstadt die Nachricht, 400 Millionen Euro zur Straßen- und Brückensanierung seien aus dem Haushalt 2016 gar nicht abgerufen worden. Landesbehörden, Kreisverwaltungen wie Rathäuser geraten so in ein schiefes Licht: Sind sie nicht willig oder gar fähig, die notwendigen Instandsetzungsarbeiten anzugehen?

Die Antwort ist weder einfach noch eindimensional. Es ist ein Mixtum compositum aus unzureichenden finanziellen Mitteln in der Vergangenheit, einem Zuwenig an Bauingenieuren und einem Mangel an politischer Aktivität.

Händeringend gesucht: Bauingenieure

Auf dem Arbeitsmarkt für Bauingenieure herrscht Vollbeschäftigung: Ob Ämter oder Ingenieurbüros, wer eine vakante Führungsposition oder Fachstellen besetzen will, steht vor einem Problem. Denn geht es um Bauingenieure, tobt der Krieg um die Talente unter den Arbeitgebern heftig. Den Kürzeren ziehen dabei leicht die öffentlichen Arbeitgeber. Warum, das hat etwas mit dem Preis-/Leistungsverhältnis zu tun: Das mögliche Salär ist nicht selten das entscheidende Zünglein an der Waage, wenn es darum geht, die Unterschrift unter einen Arbeitsvertrag zu setzen. Da können die Privaten den derzeit gefragten Stars unter den Ingenieuren die interessanteren Angebote machen.

Nüchtern beschreibt Dr. Petra Beckefeld, Amtsleiterin des Tiefbau- und Vermessungsamts in Wiesbaden, die Lage: „Als Kommune sind wir

an den Tarif gebunden. Die freie Wirtschaft kann mehr bezahlen als üblich, will sie einen Mitarbeiter gewinnen. Wir dürfen das nicht, können auch fest ausgeschriebene Stellen nicht aufwerten. Die Chefin von 166 Mitarbeitern weiß, wovon sie spricht, kennt sie doch die private Bauwirtschaft aus dem Effeff. Bis vor zwei Jahren verantwortete sie Großbaustellen in ganz Deutschland und kennt die Gepflogenheiten in der Industrie sehr genau.

Herrscht ein Mangel an Fachkräften, geht dieser natürlich auch an der Privatwirtschaft nicht spurlos vorbei. Doch die Privaten spielen mit den finanziellen Muskeln und räumen den Markt leer, sofern überhaupt noch etwas abzuräumen ist. Das Gros der Kommunen war über Jahrzehnte hinweg – etwa seit Beginn der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts – strukturell unterfinanziert. Mit Folgen: Investitionen wurden vertagt, frei werdende Stellen insbesondere in den Baubehörden wurden nicht mehr besetzt, erinnert Uwe Zimmermann, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB). Zu vermuten steht, dass auch etliche Ingenieurbüros in Ermangelung öffentlicher Aufträge Personal eher ab- als aufgebaut haben. Die Arbeitslosigkeit unter den Bauingenieuren kletterte, die Baukonjunktur insgesamt schwächelte deutlich, mit gravierenden Folgen bis heute.

In den Bundesländern stellte sich die Situation nicht günstiger dar. „Über lange Jahre kam in der mittelfristigen Finanzplanung das Signal, in den nächsten fünf Jahren wird weniger Geld zur Verfügung stehen“, blickt Ministerialdirigent Winfried Pudenz aus dem Düsseldorfer Verkehrsministerium zurück. Entsprechend musste auch der Landesbetrieb Straßenbau NRW über viele Jahre hinweg Stellen abbauen. Seit drei Jahren können wieder Experten eingestellt werden. Geändert hat sich das mit „dem Menetekel der Leverkusener Brücke an der A1“, so der Leiter des Bereichs Straßeninfrastruktur und Straßenverkehr. Deutschlandweit wurden die Finanzmittel für die Verkehrsinfrastruktur seit 2014 deutlich erhöht: Die Haushaltsmittel wurden zusätzlich zu den Maut-

einnahmen

angehoben, durch eine Investitionsaufstockung fließt nochmals zusätzliches Geld in die Verkehrsinfrastruktur.

Dieser Geldsegen hat zur Konsequenz, dass deutlich mehr Aufträge als vor 2014 abgearbeitet werden können. Doch dazu braucht es Personal. Im Baubereich der öffentlichen Hand fehlen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Über Jahrzehnte hinweg durften oft Abgänge wegen Erreichens der Altersgrenze nicht ersetzt werden. Dieser von oberster Stelle verordnete Personalabbau in der Vergangenheit rächt sich jetzt durch teils schmerzhaft Lücken im Personalbestand. Auch die Hauptstadt bleibt nicht verschont: Nach Angaben der Berliner Senatskanzlei werden öffentliche Bauvorhaben priorisiert, „da der Senat für Stadtverwaltung einen Mangel an Ingenieuren und qualifizierten Bewerbern moniert“ (Quelle: VDI/IW, Ingenieurmonitor 2016/IV).

In Wiesbaden bleibt gleichwohl kein Geld liegen, das für die Verkehrsinfrastruktur gedacht ist. „Wir planen und beantragen das Geld, welches wir auch ausgeben können“, stellt Amtsleiterin Dr. Beckefeld klar. Das gelingt trotz vakanter Stellen – dank externer Ingenieurbüros. Ohne dieses Miteinander würde es auch in der hessischen Landeshauptstadt schwierig werden. Dennoch sind die Möglichkeiten, Aufträge an Dritte zu vergeben, begrenzt. „Das funktioniert so lange, wie ausreichend eigenes Personal die Externen führen kann. Ohne diese eigenen Mitarbeiter würden die externen Büros nicht weiterhelfen“, verdeutlicht Dr. Petra Beckefeld.

Jahrelang mussten Investitionen vertagt werden, es wurde immer nur ausgebessert – mangels Geld. Und jetzt muss eben geplant, abgestimmt und ausgeschrieben werden. Ein zeitaufwändiger Prozess. Und ein Prozess, der personelle Kapazitäten verlangt, die auch nicht über Nacht wieder aufgebaut werden können, nachdem sie jahrelang reduziert worden sind.

Beate Henes-Karnahl



DENKMAL. EIN WORT DER REFORMATION.



Durch Martin Luthers Schriften haben auch viele neue und einzigartige Worte den Weg in unseren Sprachgebrauch gefunden – wie z. B. das Wort „Denkmal“.

Mehr über die Geschichte Martin Luthers und seine Auswirkungen auf unsere Denkmale: www.luther-jubilaem-2017.de

Wir erhalten Einzigartiges. Mit Ihrer Hilfe.

Spendenkonto

IBAN: DE71 500 400 500 400 500 400
BIC: COBA DE FF XXX, Commerzbank AG

www.denkmalschutz.de



DEUTSCHE STIFTUNG DENKMALSCHUTZ

Wir bauen auf Kultur.

UNION IST DIE *bessere* ALTERNATIVE

Deutschland ist seit Jahren eines der sichersten Länder der Welt und die Union wird alles dafür tun, dass das auch in Zukunft so bleibt. Ein Beitrag von Dr. Stephan Harbarth, dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im CDU-Bundesvorstand.



In der Sicherheitspolitik gibt es immer neue Bedrohungen, auf die wir eine Antwort finden müssen. Gegenwärtig zählt dazu insbesondere der islamistische Terrorismus, bei dessen Bekämpfung wir uns leider auf ein langes und zähes Ringen einstellen müssen. Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass die militärischen Erfolge gegen den Islamischen Staat kurzfristig nicht die Gefahr terroristischer Anschläge verringern. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass in dem Maße, in dem seine militärische Zurückdrängung gelingt, der Islamische Staat mit allen Mitteln versucht, durch spektakuläre Anschläge in Europa seine Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen und seine Niederlagen zu verdecken.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat auf die Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit in den vergangenen vier Jahren mit einem Dreiklang geantwortet.

Wir haben erstens für einen Personalaufwuchs gesorgt, der – das kann man ohne Übertreibung sagen – historisch einmalig ist. Fast 10.000 neue Stellen wurden bei der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt und den Sicherheitsbehörden des Bundes beschlossen sowie mit der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit Plus (BFE+) eine neue Anti-Terror-Einheit geschaffen. Ein solch drastischer Aufwuchs ist in den Ländern nur in Bayern oder in meiner Heimat Baden-Württemberg zu verzeichnen, seit wir dort im vergangenen Jahr das Innenministerium übernommen und die innere Sicherheit zu einem ganz großen Thema in den Koalitionsverhandlungen gemacht haben. Auch NRW und Schleswig-Holstein werden nach der Abwahl von SPD und Grünen ihre Kontingente aufstocken.

Neben einer Erhöhung der Mannschaftsstärke haben wir zweitens für eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden gesorgt. Insgesamt

haben wir in diesen Bereich mehr als zwei Milliarden Euro zusätzlich investiert.

Drittens haben wir in dieser Wahlperiode auch zahlreiche Gesetze verschärft und unsere Sicherheitsbehörden mit neuen Befugnissen ausgestattet. Allein im Zusammenhang mit der Terrorabwehr hat die von uns geführte Koalition mehr als ein halbes Dutzend Gesetze verabschiedet. Die Opposition hat in jedem einzelnen dieser Gesetze nur einen Anschlag auf die Freiheitsrechte der Bürger erkennen wollen und im Bundestag gegen jedes einzelne gestimmt. Bei jedem Gesetz war sie immer nur „Dagegen!“. Sie hat damit gezeigt, welches Fiasko ein rot-rot-grünes Linksbündnis anrichten würde.

Den von uns eingeschlagenen Weg wollen wir in der nächsten Legislaturperiode konsequent fortsetzen. Wir wollen die Zahl der Polizisten in Bund und Ländern noch einmal, und zwar um weitere 15.000 Stellen, erhöhen. Auch die Befugnisse der Bundespolizei wollen wir, so etwa bei der Fahndung, ausweiten.

Von besonderer Bedeutung wird meiner Auffassung nach sein, dass wir auch den Justizbereich stärken. Der Sicherheit ist nicht genützt, wenn der Personalaufwuchs bei unseren Sicherheitsbehörden nicht auch mit einem entsprechenden Personalaufwuchs in der Justiz korrespondiert. Hier sind vor allem die Länder in der Pflicht. Von Seiten des Bundes wollen und müssen wir alles dafür tun, dass unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch gut ausgestattet sind. Neben einer Erhöhung der Mannschaftsstärke, neben einer besseren Ausstattung, neben einer Erweiterung der



Befugnisse muss, wenn es um die Sicherheit geht, noch etwas hinzukommen.

Was meine ich? Die Reaktion der Grünen auf den Polizeieinsatz in Hamburg hat mir nach dem Polizeieinsatz in Köln zu Jahresbeginn abermals gezeigt: Wenn die Polizei in einen schweren Einsatz geht, wenn es heikel und kritisch wird, dann kann sie sich einer Sache ganz gewiss sein: Die Grünen sind anschließend die Ersten, die mit dem Finger auf sie zeigen und ihr in den Rücken fallen!

Erinnern Sie sich noch an den Terroranschlag in Würzburg? Als im Juli 2016 ein Afghane mit einer Axt durch einen Regionalzug lief, um möglichst viele Menschen zu töten? Im Anschluss an diese Tat galt die erste Sorge der Grünen dem Täter. Renate Künast's erste vorwurfsvolle Frage war, ob die Polizei den Täter nicht angriffsunfähig hätte machen können, statt ihn in einer Notwehrsituation zu erschießen. Ich glaube, wir tun als Politiker gut daran, wenn wir nicht aus unseren gewärmten Sesseln heraus solche Urteile fällen, sondern uns einmal einen Moment in die Situation einer Polizistin oder eines Polizisten hineinversetzen, der im Bruchteil einer Sekunde eine solche Entscheidung zu treffen hat.

Die Polizei hat Anspruch auf unsere Solidarität, gerade dann, wenn es ernst wird. Wir in der Union wissen, dass die Polizei jeden Tag den Kopf für uns hinhält. Ihr gebührt kein Misstrauen, sondern

Dank, Anerkennung und Respekt! Deshalb freue ich mich sehr, dass es uns in den zurückliegenden Monaten auch gelungen ist, den strafrechtlichen Schutz für unsere Polizei und Einsatzkräfte zu verbessern. Sicherheit ist aber nicht allein Terrorabwehr. Es geht auch um das Gefühl, sich unbeschwert überall in der Öffentlichkeit bewegen zu können und sich in seiner Wohnung oder seinem Haus sicher zu wissen. Nicht minder wichtig ist deshalb der Kampf gegen das, was oft beschönigend „Alltagskriminalität“ genannt wird. Egal, ob in der Fußgängerzone, im Bus oder der U-Bahn. Wir dulden keine rechtsfreien Räume.

Dabei setzen wir auch auf eine wirksame Videoüberwachung, die wir weiter ausbauen wollen. Die Videoüberwachung schreckt Täter ab und macht die Aufklärung bestimmter Straftaten erst möglich: Denken Sie an den brutalen Berliner U-Bahn-Treter. Ohne Videoüberwachung und die anschließende Fahndung in den Medien wäre kein Zugriff möglich gewesen. Ich habe deshalb kein Verständnis dafür, dass die Rot-Rot-Grüne Koalition in Berlin oder Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen mehr Videokameras in der Öffentlichkeit ablehnt bzw. abgelehnt hat. Vor diesem Hintergrund verwundert es möglicherweise nicht, dass die sechs Länder mit der niedrigsten Aufklärungsquote bei Straftaten SPD-geführte Länder sind, bzw. bis zu den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein waren.

Im Zusammenhang mit der sogenannten „Alltagskriminalität“ muss uns auch zu denken geben, dass in Deutschland alle dreieinhalb Minuten in eine Wohnung eingebrochen wird.

Es geht beim Thema Wohnungseinbruch nicht „nur“ um den Verlust des Eigentums. Für viele Opfer ist ein solcher Einbruch in die Intimsphäre der Wohnung eine traumatische Erfahrung, die lange nachwirkt. Auch hier zeigt sich im Übrigen ein signifikanter Unterschied zwischen den Ländern. So ist etwa die Chance, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, im lange von Rot-Grün regierten Nordrhein-Westfalen sechsfach höher als in Bayern.

Auch dem Wohnungseinbruch begegnet man zunächst und vor allem mit einem Mittel: mehr Polizei. Darüber hinaus geht es bei diesem Thema aber auch insbesondere um mehr Prävention. Fast die Hälfte der Einbruchsversuche wird abgebrochen, wenn technische Schutzvorkehrungen vorhanden sind. CDU und CSU haben deshalb ein staatliches Förderprogramm für einbruchshemmende Baumaßnahmen durchgesetzt und es mit 50 Millionen Euro pro Jahr ausgestattet. Unsere Fraktion war es auch, die den Sozialdemokraten endlich abringen konnte, den Wohnungseinbruch deutlich härter zu bestrafen. Über Monate mussten wir dafür auf unseren Koalitionspartner einreden, und ich bin herzlich froh, dass bei ihm zuletzt – wenn auch mit Blick auf die nahe Bundestagswahl – ein Umdenken stattgefunden hat.

Schon der Blick auf die Sachthemen der Innenpolitik zeigt, dass es sehr wohl einen Unterschied ergibt, ob die Union oder ob Rot-Rot-Grün regiert, und dieser Unterschied geht auch beim Personal weiter. Wenn Rot-Rot-Grün die Wahl gewinnt, bekommen Sie Martin Schulz als Kanzler, Sahra Wagenknecht oder Claudia Roth als Innenministerin. Wenn Sie CDU/CSU wählen, bekommen Sie Angela Merkel als Kanzlerin und Thomas de Maizière als Innenminister. Das sind die Alternativen, und wir haben die besseren!

„Den von uns eingeschlagenen Weg wollen wir in der nächsten Legislaturperiode konsequent fortsetzen.“

KEINE Grenzen MEHR?

Wie es um eine Gesellschaft steht, zeigt sich nicht nur in ihren Verbrechen, sondern auch an der Art ihres Umgangs mit ihrer Polizei. Karlheinz Gaertner, über vier Jahrzehnte lang als Hauptkommissar im Einsatz auf Berliner Straßen, berichtet aus eigener Erfahrung ...



Der Autor: **Karlheinz Gaertner** war 44 Jahre Zivilpolizist und Drogenfahnder in Berlin. Jetzt hat er seine Erlebnisse in einem Buch festgehalten. Die Fallgeschichten in diesem Buch erzählen nicht nur vom polizeilichen Alltag in einer deutschen Großstadt und den enormen seelischen und körperlichen Belastungen eines Polizisten. Sie porträtieren eine Gesellschaft, die immer mehr von ihrer Polizei fordert, sie aber gleichzeitig ihre Verachtung spüren lässt.

Dass die Gewalt in Deutschland seit Jahren zunimmt, zeigt nicht nur die Polizeiliche Kriminalstatistik, sondern jeder kann dies, anders als früher, blitzschnell im Internet selbst sehen und mitverfolgen. Vor allem Angriffe auf Polizei- und Rettungskräfte nehmen massiv zu. Aktuell zeigen allein die Gewaltausbrüche bei der G20-Veranstaltung in Hamburg, zu welchen Mitteln angebliche „Demonstranten“ greifen, um ihre kruden Vorstellungen vom politischen Handeln gegen das „Schweinesystem“ der Bundesrepublik durchzusetzen. Richtigerweise wird schon aus historischen Gründen konsequent gegen rechte Gewalttäter durchgegriffen. Leider muss ich aber als Polizist, der 44 Jahre unzählige gewalttätige Demos in der Hauptstadt unseres Landes mitmachen musste, feststellen, dass dieses konsequente Handeln gegenüber Linksextremen keinesfalls geschieht. *Seit Jahrzehnten werden diese Kriminellen von einigen Politikern, Medienvertretern, Richtern und auch Normalbürgern geradezu mit „Samthandschuhen“ angefasst. Immer wieder werden Entschuldigungen für Steinwerfer, Brandstifter und Landfriedensbrecher gesucht, oder diese Taten werden verharmlost.* Vermutlich mit ein Grund, warum auch im normalen Zusammenleben schon bei kleinsten Streitigkeiten massive Gewalt eingesetzt wird. Wobei es im Ansatz schon viel früher anfängt. Eine gewisse Verrohung in unserer Gesellschaft beginnt aus meiner Sicht immer häufiger bereits in den Schulen. Sprachliche Verunglimpfungen, die nicht vergleichbar sind mit den „Jugendslangs“ vergangener Jahrzehnte, prägen

heute in teils brutaler Intensität das Miteinander. Dabei gehören Worte wie beispielsweise „du Opfer“, „deutscher Hund“, „Schwuler“ oder „Schlampe“ zum „normalen“ Sprachgebrauch. Konsequenzen ziehen diese verbalen Entgleisungen in der Regel kaum nach sich, oder sie greifen nicht. Auch kommt es vermehrt untereinander zu körperlichen Auseinandersetzungen, die übliche entwicklungsbedingte Streitigkeiten, wie man sie aus der eigenen Jugend kennt, weit übersteigen. Da wird auf den bereits hilflos am Boden Liegenden eingetreten, oder es fallen mehrere über einen Einzelnen her und misshandeln den erkennbar Verletzten ohne jede Gefühls-/Mitleidsregung. Nicht selten werden auch Waffen, wie zum Beispiel Messer, bei diesen Attacken eingesetzt.

Diese Entwicklungen, die sich teilweise schon in den Grundschulen abzeichnen, treten in der Erwachsenenwelt, gerade im Polizeidienst, überdeutlich zutage. So können ein Beamter oder eine Beamtin, die ihren normalen beruflichen Verrichtungen nachgehen, nicht mehr damit rechnen, diese unbeschadet zu bewältigen. Da wird beispielsweise ein vollkommen harmloser Verkehrsunfall mit geringem Sachschaden zum Tatort zweier unbeherrschter Rivalen, die ihr vermeintliches Recht auf „Unschuld“ mit Hilfe blitzschnell zusammengerufener Familienangehöriger oder Freunde mit Gewalt verteidigen wollen. Die Polizisten/innen geraten hier immer schneller in Situationen, in denen sie selbst zur Zielscheibe dieser Streithähne werden. Nicht selten werden sie dann von beiden Seiten angegriffen.

Aus Lappalien wird sehr schnell Ernst

Auch Verkehrsordnungswidrigkeiten führen immer häufiger, zunächst über sprachliche Entgleisungen, zu gewalttätigen Übergriffen. Eines von vielen Beispielen ist eine Situation, in der ich mit meinem Funkwagen in der Busspur stehend zwei verdächtige Personen beobachtete, die augenscheinlich Übles vorhatten. Plötzlich erschütterte ein lauter Knall mein Gehör. Ein vorbeiradelnder Fahrradfahrer hatte mit der Faust gegen den Wagen geschlagen und mir zusätzlich den Stinkefinger gezeigt. Mein darauf folgender Versuch, diesen 50-Jährigen zu stoppen und seine Personalien festzustellen, endete mit unflätigen Beleidigungen. Frech verlangte er von mir, dass ich mich trotz meiner Uniform erst einmal ausweisen solle, und zusätzlich hielt er mir vor, dass ich nichts auf der Busspur zu suchen hätte. Ein Verhalten, das keinesfalls selten anzutreffen ist. Aber auch in der harten Kriminalität ist eine zusätzliche Brutalität zu beobachten. Ein Raubüberfall endet heute nicht üblicherweise damit, sich mit Gewalt in den Besitz der Beute zu bringen, nein, der oder die Täter demonstrieren dem Opfer zusätzlich ihre „Macht“, indem sie unnötige körperliche Misshandlungen ausüben.

Das Ego an erster Stelle

Wie kommt es zu dieser Verrohung? Meiner Einschätzung nach mangelt es bereits in der Erziehung der Kinder an der Vermittlung humanistischer Werte. Viele Eltern scheinen damit überfordert zu sein und übertragen diese Aufgabe wie selbstverständlich den Lehrerinnen

und Lehrern in den Schulen, die damit naturgemäß überlastet sind. Sie haben in erster Linie einen Bildungsauftrag! Auch die um sich greifende egoistische Einstellung: Ich bin der einzig Wichtige ... ich, ich, ich, die man am deutlichsten im täglichen Umgang im Straßenverkehr erlebt, wirkt sich negativ aus. Manchmal kommt es einem so vor, als sei jeder nur sich selbst der Nächste. Hinzu kommen kulturelle Unterschiede von Hinzugezogenen, die andere Lebenseinstellungen in ihren Heimatländern kennengelernt haben und diese nicht von heute auf morgen ablegen können. Ich denke auch hier in erster Linie an die Erziehung mit Gewalt und ähnliche, teilweise völlig konträr zu unserem Wertesystem stehende Entwürfe in Bezug auf das Zusammenleben. Anders ist es kaum zu erklären, warum ganze Familienclans, die bereits seit 30/40 Jahren bei uns leben, in großen Teilen die organisierte Kriminalität in Deutschland beherrschen. Wenn zum Beispiel, wie aktuell geschehen, wiederum Männer eines kurdisch-libanesischen Clans für den spektakulären Diebstahl einer Goldmünze aus dem Bode-Museum in Berlin verantwortlich sind und sich weder die Ermittler des Landeskriminalamtes noch ich darüber wundern, zeigt allein dies, welche Stellung diese Clans mittlerweile in unserem Staate einnehmen. Unzählige Male haben meine Kollegen und ich diese Straftäter bereits nach schwersten Verbrechen festgenommen und müssen konsterniert feststellen: Jetzt ist bereits die dritte Generation für diese Taten verantwortlich. **SI**

Sie kennen keine Grenzen mehr, Orell Füssli Verlag, Zürich, 2017, ISBN 978-3-280-05642-4, EUR 19,95



Senioren-Union: Opferschutz vor Täterschutz

Der Opferschutz muss aus Sicht des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union der CDU, Prof. Dr. Otto Wulff, eindeutig vor Täterschutz gehen. Nach den Ausschreitungen linker Chaoten beim G20-Gipfel in Hamburg kritisierte Wulff die öffentliche Debatte über eine mögliche Mitschuld der Polizeikräfte an der Eskalation der Gewalt durch ein überhartes Durchgreifen gegenüber Krawallmachern. „Wir müssen das berechnete Sicherheitsinteresse der Anwohner und Polizisten in den Vordergrund stellen und den Betroffenen von Gewalt, Plünderungen und Zerstörungen mehr Hilfen anbieten“, sagte Wulff in Berlin.

Der Rechtsstaat stehe an der Seite derer, die sich an dessen Gesetze halten, und müsse für eine schnelle Entschädigung sorgen, forderte Wulff. „Gewalttäter hingegen müssen die ganze Härte der Gesetze spüren.“

In diesem Zusammenhang stellte Wulff die Frage, ob nicht auch mancher sogenannte „Friedensteilnehmer“ sich der Mittäterschaft schuldig mache, der zwar selbst gewaltfrei demonstriere, aber gleichzeitig eine klammheimliche Freude über Gewaltexzesse der Chaoten erkennen lasse.



Menschenrechte

WELTWEIT *bedroht*

Ohne Gegenstimmen und mit acht Enthaltungen nahmen im Dezember 1948 die damals 58 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen in Paris die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ an. Sie sollte ein weltweit gültiger Wertekatalog werden, voller Achtung vor dem Leben und im Glauben an den Wert eines jeden Menschen. Sieben Jahrzehnte später fällt eine globale Zwischenbilanz eher beschämend aus ...

Wenn es um Nordkorea geht, denken viele an Atom- und Raketentest und die Bedrohung für die gesamte südostasiatische Region. Auch der Fall des US-Studenten Otto Warmbier, der offenbar gefoltert wurde und wenige Tage nach der Entlassung starb, erregte international Aufmerksamkeit. Allerdings ist die nukleare

Bedrohung nicht nur für die USA, sondern auch für die restliche Welt eine reale Gefahr. Offiziell nennt sich der Staat „Demokratische Volksrepublik Korea“, jedoch ist er von einer Demokratie weit entfernt. Diktator Kim Jong-un ist der Anführer eines Schreckensregimes, das nicht nur für die internationale Sicherheit und ausländische Reisende – wie Otto Warmbier – eine Gefahr darstellt, sondern auch die eigene Bevölkerung terrorisiert.

Dabei bedient sich das Regime Methoden wie Ausbeutung in Arbeitslagern, Folter und Hinrichtung. Schon wegen geringster Anlässe oder aufgrund ihres Glaubens werden Menschen inhaftiert oder hingerichtet. Der systematische Entzug von Lebensmitteln dient dazu, die Bevölkerung zu kontrollieren. Darunter leiden auch besonders Kinder. Die chronische Mangelernährung und der erschwerte Zugang zu Medikamenten und ärztlicher Hilfe hinterlassen bleibende gesundheitliche Schäden und führen zu erhöhter Kinder- und Müttersterblichkeit.

Durch die Abschottung des Landes erreicht (humanitäre) Hilfe von außen dabei nur sehr schwer die Menschen, die sie benötigen. Zudem ist es schwierig, die Situation genauer zu untersuchen. Die wenigen Überläufer berichten, dass die Bevölkerung schon von klein auf einer Gehirnwäsche unterzogen wird. Die Medien und die Schulen verbreiten ausschließlich die

Propaganda des Regimes. Der Kontakt zur Außenwelt ist verriegelt: Nichts kommt rein und nichts und niemand können raus, bis auf die nordkoreanischen Sklavenarbeiter.

Die Wirtschaft des kommunistischen Landes ist am Boden. Dennoch finanziert Diktator Kim Jong-un kostspielige Atom- und Raketentests sowie das Militär. Neben zwielichtigen Aktivitäten wie Cyberattacken, Schmuggel und Scheinfirmen zum Verkauf von Rüstungstechnologie beschafft sich das Regime auch Einnahmen durch die Entsendung von Arbeitsklavens ins Ausland, z.B. nach Russland oder China, in einige arabische Länder, aber auch in das EU-Land Polen. Dort werden nordkoreanische Arbeitsklavens auf Werften, in Bauprojekten oder in der Holz- und Landwirtschaft ausgebeutet. Nicht selten übernehmen sie die gefährlichsten und anstrengendsten Arbeiten, wie Schweißarbeiten. Die Arbeitsbedingungen sind unmenschlich: lange Arbeitszeiten, kein Urlaub oder freie Tage, kein Kontakt zur heimischen Bevölkerung. Das Regime überwacht seine entsandten Landsleute, um sicherzustellen, dass die Arbeiter nicht flüchten, und hält die zu Hause gebliebene Familie als Geiseln. Trotz dieser harten Arbeit erhalten sie von ihrem Lohn nur einen geringen Teil. Der Großteil fließt in die Kassen des nordkoreanischen Regimes. Schätzungen gehen von aktuell etwa 50.000 entsandten Arbeitern aus, die jährlich etwa zwei Milliarden Euro für Diktator Kim Jong-un erwirtschaften.

Nordkorea muss die Terrorisierung seiner Bevölkerung stoppen. Mit seinen nuklearen Waffen stellt es eine Bedrohung für die internationale Staatengemeinschaft dar. Religions-, Meinungs- und Pressefreiheit existieren nicht. Diverse andere Rechte, wie das Recht, das Land zu verlassen, oder das Recht auf einen fairen Prozess, werden nicht gewährt.

Diejenigen, die eine gefährliche Flucht versuchen, bringen auch ihre in Nordkorea zurückbleibenden Angehörigen in Gefahr. Die direkte Flucht nach Südkorea ist nahezu unmöglich, weswegen viele den Weg über China versuchen. Jedoch geraten Frauen auf der Flucht oft in die Hände von Menschenhändlern, die sie in China an Männer als Ehefrauen verkaufen oder in die Prostitution zwingen. Die Flüchtlinge – Männer und Frauen – werden in China trotz internationaler Abkommen nicht als Flüchtlinge anerkannt. Werden sie von den Behörden entdeckt, erfolgt die Abschiebung zurück nach Nordkorea, wo ihnen Arbeitslager und Folter drohen. So leben die geflüchteten Nordkoreaner in China in der Illegalität im Untergrund oder in Abhängigkeitsverhältnissen, was medizinische Versorgung, Hilfe und legale Arbeit unmöglich macht. Ihre Kinder werden als Staatenlose geboren.

In der „Volksrepublik China“ stellen nicht nur die Missachtung der internationalen Abkommen bezüglich der Geflüchteten eine Menschenrechtsverletzung dar, sondern auch die Betreibung von Umerziehungslagern (Arbeitslagern) und systematischer Folter – obwohl Folter offiziell verboten ist. Damit verweigert auch China seinen Bürgern grundlegende Rechte. Menschen können ohne Angabe von Gründen, ohne Verfahren und Urteil inhaftiert, gefoltert und in Umerziehungslager geschickt werden. Willkür, Einschüchterung und Unterdrückung sind auch hier Instrumente der Machterhaltung des Regimes: der Kommunistischen Partei Chinas. Opfer sind vor allem andersdenkende Bürgerrechtler, Gewerkschafter, Aktivisten der Demokratiebewegung, Mitglieder von christlichen Hauskirchen sowie Angehörige buddhistischer Meditationschulen (wie die Falun Gong-Bewegung) und Vertreter von ethnischen Minderheiten (wie Tibetern und Uiguren).

Deutliche Indizien weisen darauf hin, dass Gefangenen in Arbeitslagern nicht nur Zwangsarbeit und Folter drohen, sondern auch Organentnahmen gegen ihren Willen, die oft zum Tod der Inhaftierten führen. Die entnommenen Organe werden dann illegal gewinnbringend weiterverkauft, um sie bei einer Organtransplantation

MENSCHENRECHTE

sind keine Naturgesetze, sondern sie sind von Menschen formuliert und immer wieder gegen Widerstände zur Geltung gebracht worden. Ihre Wirksamkeit ist nur so groß wie die Kraft und die Zahl der Menschen, die von ihnen überzeugt und für sie einzutreten bereit sind.

Bundeszentrale für politische Bildung

einer anderen Person einsetzen zu können. Bei diesem Organraub wirken auch staatliche Stellen mit. Da die Behörden jedoch den Zugang zu Informationen verweigern, ist es schwierig, stichhaltige Beweise zu erhalten.

In etlichen islamischen Ländern wie dem Iran existieren zudem sogenannte „Blasphemiegesetze“, die Gotteslästerung (gegen den Islam) unter Strafe stellen und sogar eine Todesstrafe nach sich ziehen können. Schon ein Vorwurf kann eine unschuldige Person – oft Christ oder Andersdenkender – vor Gericht bringen oder Selbstjustiz von Extremisten zur Folge haben. Auch in Pakistan können Blasphemiegesetze dazu missbraucht werden, um Andersdenkende und Angehörige anderer Religionen einzuschüchtern oder zur Verfolgung zu ermutigen. Auch Apostasie (Abfall vom Islam) gilt in solchen Ländern als Verbrechen, das mit der Todesstrafe bestraft werden kann und somit besonders Konvertiten bedroht.

Die Menschenrechtsverletzungen durch Extremisten und fundamentalistische Terroristen wie den sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), der vor allem in Syrien und im Irak aktiv ist, sind zu zahlreich, um sie aufzuzählen. Auch in Afrika, genauer gesagt in Nigeria und der Region um den Tschadsee, unterdrückt die Terroristengruppe Boko Haram die Bevölkerung. Neben Hungersnöten, ethnischen Konflikten und Diktaturen finden wir auf dem afrikanischen Kontinent auch Menschenrechtsverletzungen wie Genitalverstümmelung vor.

Schauen wir von Afrika nach Nord- und Südamerika, so sehen wir auch hier gravierende Beschneidung von Rechten. Als Beispiel sollen willkürliche Inhaftierungen von Bürgerrechtlern auf Kuba angeführt werden.

Es bleibt festzustellen, dass überall auf der Welt täglich schwerste Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Die internationale Staatengemeinschaft, die einzelnen Staatschefs und die Zivilgesellschaft dürfen nicht zuschauen. Internationaler Druck kann dabei helfen, auf Probleme aufmerksam zu machen und sie zu beseitigen. Die IGFM setzt sich dafür ein, dass die Menschenrechte auf der ganzen Welt verwirklicht werden. Alle Menschen – egal, welche Religion, Ethnie, welches Geschlecht oder welche Meinung – haben das Recht auf Leben in Würde.

Dieser Beitrag wurde erstellt von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt/Main.

/ DEN MANGEL *überwinden*



Der Ärztemangel in vielen Gebieten unseres Landes ist jetzt schon dramatisch. Viele Allgemeinmediziner, aber auch Fachärzte finden keinen Nachfolger, und viele Patienten müssen weite Wege in Kauf nehmen, wenn sie denn überhaupt einen Arzt finden, der sie als neuen Patienten aufnimmt.



Der Autor:
Dr. Peter Liese
ist Mitglied des Europäischen Parlaments seit 1994 und seit 2012 Mitglied des CDU-Bundesvorstands.

Wenn wir hier nicht dringend gegensteuern, wird sich das Problem in den nächsten Jahren verschärfen, weil viele niedergelassene Ärzte über 60 sind und voraussichtlich in den nächsten fünf bis zehn Jahren ihre Praxis aufgeben, wenn sie keinen Nachfolger finden. Die Situation in den Krankenhäusern ist ähnlich. Viele Stellen können insbesondere auf dem Land nicht mehr besetzt werden. Schon heute sind wir auf Ärzte aus Mittel- und Osteuropa angewiesen. Dies ist aber keine nachhaltige Lösung, da die Patienten oft zu Recht über mangelnde Sprachkenntnisse klagen und weil diese Ärzte dann natürlich in ihren Heimatländern fehlen. In Rumänien gibt es beispielsweise schon heute auf 100.000 Einwohner nur 270 Ärzte, während es in Deutschland noch über 400 sind. Es ist gewollt, dass wir einen Austausch in der Europäischen Union haben,

aber dieser darf nicht so einseitig sein. Deutsche Ärzte ziehen oft nach Skandinavien ab, während wir dann Ärzte aus Ost- und Südeuropa anwerben. Daher brauchen wir dringend mehr Ärzte, und wir müssen dafür sorgen, dass diese sich auch in ländlichen Regionen ansiedeln. Die CDU-geführte Bundesregierung und insbesondere Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe haben zum Beispiel mit dem Projekt Medizinstudium 2000 die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt. Im Wahlprogramm der CDU steht ausdrücklich: „Wir garantieren eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.“ Um dieses Ziel zu erreichen müssen wir weiterarbeiten. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist erforderlich. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen müssen für junge Menschen so gestaltet werden, dass es für sie attraktiv ist, sich auf dem Land nieder-



Im Wahlprogramm der CDU steht ausdrücklich: „Wir garantieren eine gute ärztliche Versorgung im ländlichen Raum.“

zulassen. Da heute über 60 Prozent der Studierenden weiblich sind und nicht nur Frauen Beruf und Familie besser unter einen Hut bringen wollen, brauchen wir gute Kinderbetreuung. Außerdem müssen die Arbeitszeitmodelle so gestaltet sein, dass man nicht wie früher 80 Stunden in der Woche eingespannt ist. Und das Gesamtpaket muss stimmen. Die CDU-geführte Bundesregierung setzt sich für die Stärkung des ländlichen Raums im Allgemeinen ein, und dies macht den ländlichen Raum für junge Ärztinnen und Ärzte attraktiver. Aus meiner Sicht sind aber zwei Dinge ganz besonders wichtig, die wir zum Teil auch gegen den Widerstand der FDP im Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen verankern konnten. Internationale Erfahrungen zeigen, dass sich Mediziner in ländlichen Räumen eher niederlassen, wenn die Ausbildung nicht nur in den

Ballungszentren, sondern auch in den eher ländlich strukturierten Regionen stattfindet. Die neue Landesregierung in NRW wird deshalb eine medizinische Fakultät in Bielefeld schaffen und in Kooperation mit der Universität Bonn ein innovatives Projekt zur Mediziner-Ausbildung an der Universität Siegen starten. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Zugangsvoraussetzung zum Medizinstudium. Der Numerus Clausus ist zu hoch, sodass nur Schüler mit allerbesten Abiturnoten Medizin studieren können. Ich glaube aber, dass eine Abiturnote von 1,0 einen jungen Menschen nicht automatisch dazu befähigt, sich später als Landarzt niederzulassen. Wir sollten daher die Zugangsbedingungen zum Studium so gestalten, dass junge Menschen, die bereit sind, sich später auf dem Land niederzulassen, nicht aufgrund ihrer Abiturnote am Studium gejom-

dert werden. Der Bundesparteitag der CDU in Essen hat sich daher für eine Landarzt-Quote ausgesprochen. Dies haben wir im Koalitionsvertrag in NRW konkret umgesetzt. Zehn Prozent der Studienplätze sollen an Studenten vergeben werden, die sich verpflichten, in unterversorgten Gebieten zu arbeiten. Wir können trotzdem nicht garantieren, dass jede Landarztpraxis auch in zwanzig Jahren noch in der heutigen Form weitergeführt wird. Innovative Lösungen, auch mit Hilfe von modernen Technologien, sind ein Teil der Lösung. Aber wir sind die Partei des ländlichen Raums, und im Gegensatz zu anderen Parteien ist es uns nicht egal, wenn sich die Versorgungssituation auf dem Lande zusehends verschlechtert. Die CDU kämpft für die Menschen im ländlichen Raum und auch für ihre medizinische Versorgung.

Schulte Haus-Rollator

- ✓ sehr schmal - passt durch jede Tür
- ✓ enorm wendig - auf der Stelle drehbar
- ✓ nützlich - Tisch decken leicht gemacht

Jetzt Prospekt anfordern!

0800 200 6004
gebührenfrei anrufen

www.haus-rollator.de

Schulte Holzprodukte GmbH | Langenberger Str. 96 | 33397 Rietberg | NRW

HELMUT KOHL

1989 in Marmor
ausgeführt von 1989-1992
220 cm hoch / 1500 kg

ANFRAGEN AN:
wolfgang@ewerhart.de
TELEFON: 0171 / 54 069 45 UND
ABENDS: 02427 / 90 44 99

/ PERSÖNLICHKEITEN UND UNTERNEHMEN zusammenBRINGEN



Das Engagement in nachberuflichen Tätigkeiten kann gesellschaftliche wie persönliche Früchte tragen, meint Dominik Hoffmann. Deshalb gründete er im Juni 2017 TuskerTeam. Souverän sprach mit ihm über eine ungewöhnliche Geschäftsidee.

Souverän: Herr Hoffmann, was dürfen wir uns unter „TuskerTeam“ vorstellen?
Hoffmann: TuskerTeam ist eine Plattform für Menschen mit unternehmerischer Verantwortung, mit hoher Sozial-, Organisations- und Planungskompetenz. Im TuskerTeam sind echte Macher, die für ihre Werte einstehen und diese weitergeben möchten. TuskerTeam reagiert auf zwei gesellschaftliche Herausforderungen: Zum einen wird die Nachfrage nach Managern und leitenden Angestellten auf dem Arbeitsmarkt ungebrochen weiter zunehmen; zum anderen leben wir in einer älter werdenden und aktiv bleibenden Gesellschaft, deren immenses Potenzial wertvoll ist und aktuell sowie in Zukunft deutlich mehr genutzt werden sollte, weil es gebraucht wird. 36 % der rund 82 Mio. Bürgerinnen und Bürger werden bei der im September anstehenden Bundestagswahl über 60 Jahre alt sein.

Was war die Initialzündung für TuskerTeam?

Mein Vater ist nach langjährigen Verwendungen in Stabs- und Führungsverantwortung in Pension gegangen. Bedenken, dass ihm die Decke auf den Kopf fallen würde, hatte meine Mutter. Dem war nicht so. Im Gegenteil! Bereits nach kurzer Zeit bekam er Anfragen und Aufgaben, von denen jede einzelne in den folgenden 12 Jahren mit seinem Wissen, mit seiner Erfahrung, mit seinen Wertevorstellungen erfüllt werden sollte. Seine Qualifikationen sind seine ausgebildeten Querschnittskompetenzen: Analysieren, Planen, Organisieren, Entscheiden. Die persönliche Erfolgsformel meines Vaters lautet A-B-F: Ansprechen, Beurteilen, Folgern.

Ihr Vater stand also quasi Pate?

Schon immer war mein Vater ein großes Vorbild für mich, eine Persönlichkeit, der ich nacheiferte! Wir redeten, philosophierten und wollten die Welt verbessern. Eine Gegebenheit faszinierte uns: Mein pensionierter Vater war in beruflichen Angelegenheiten gefragt und glücklicher denn je. Er teilte sich seinen Alltag ein, betrachtete sich als Unterstützer von regionalen Unternehmen sowie Förderer jüngerer Generationen und als bevollmächtigt, seine Werte in eine scheinbar zerstörerische und sozial benachteiligte Weltanschauung korrigierend einzusetzen. Wir überlegten, dass die Fähigkeiten meines Vaters für hochqualifizierte Persönlichkeiten mit Lebenserfahrung und wertvollen Kompetenzen verallgemeinerbar und für unternehmerische Herausforderungen wichtig seien. In dem Zusammenhang fielen häufig die Begriffe Digitalisierung und Flexibilisierung. Wir stellten uns eine Online-Plattform vor, die echte Macher, wie meinen Vater, und Unternehmen zusammenbringen wird.

Sind Sie sicher, dass diese Idee trägt?

Wir haben in der Folge mit Persönlichkeiten sowie Unternehmen gesprochen und generierten so immer mehr Informationen. Eines wurde dabei überdeutlich: Der Bedarf besteht auf beiden Seiten. Jede Persönlichkeit ist einzigartig, erreicht auf ihre Art Management sowie Mitarbeiter und kann auf Bedürfnisse von Unternehmen eingehen und Lösungen entwickeln. Die Persönlichkeit eines Menschen macht den Unterschied. Viele Unternehmen haben die personalen Fragestellungen zur Zukunftssicherung möglicherweise noch nicht

durchdrungen. TuskerTeam wurde gegründet, um Unternehmen qualifiziertes Personal mit Querschnittskompetenzen temporär zur Verfügung zu stellen. Ob projektbezogen, in Teilzeit als einer loyalen Allianz auf Zeit oder in Vollzeit – Wissen kann und muss flexibilisiert werden. Bei großen Konzernen, im Mittelstand und in Start-ups.

Wie kommen Sie ausgerechnet auf den Namen TuskerTeam? Tusker kommt doch aus dem Englischen und bedeutet so viel wie Keiler oder Elefantenbulle

Zu meinem 30. Geburtstag machte ich mit meiner Freundin eine Safari in Südafrika. Unser Jeep begegnete einer Horde von Elefanten, kleinen, großen, jungen und alten. Der Ranger zeigte auf das Exemplar mit den längsten Stoßzähnen und berichtete, das sei ein Tusker. Tusker sind die ältesten Elefanten Afrikas. Sie stehen für Wissen, Treue und Standfestigkeit! Das erschien uns für unser Anliegen ein guter Begriff.

Zum guten Schluss: Was ist Ihr persönlicher Hintergrund?

Ich habe Sport- und Wirtschaftswissenschaften sowie MBA General Management studiert, bin 31 Jahre alt und arbeite als Digital Product Manager bei Sky Deutschland.

Anmeldung sowie weitere Infos unter:
www.tuskerteam.de • Anfragen an dominik.hoffmann@tuskerteam.com



Reisetermine:

14.04. – 21.04.2018 /
21.04. – 28.04.2018
Verlängerungswoche auf Anfrage möglich

Reiseleistungen:

- Flüge Deutschland* / Olbia / Deutschland mit einer renommierten Fluggesellschaft in der Economy-Class
- Flughafengebühren und Kerosinzuschläge in Höhe von EUR 35,- bis EUR 120,- pro Person, je nach Abflughafen (Stand 08/17)
- Transfers Flughafen / Hotel / Flughafen
- 7 Übernachtungen im Club Hotel Baja Sardinia**** (Landeskategorie) im Doppelzimmer
- Halbpension (Frühstück und Abendessen)
- Ausflüge und Besichtigungen laut Programm mit klimatisiertem Reisebus
- Eintrittsgelder zum Programm (Kork-Museum, Volkskundemuseum)
- Mittagessen bei den Hirten mit sardischen Spezialitäten
- Fährüberfahrt La Maddalena und zurück
- Deutschsprachige Reiseführung
- Umfangreiches Informationsbuch zur Reise

→ Flüge wahlweise ab/bis: Berlin-Tegel, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln-Bonn, München und Stuttgart (tlw. mit Umstieg).
Weitere Abflughäfen auf Anfrage möglich. Bitte evtl. Flugzuschläge beachten!

SARDINIEN

Traditionelle Frühjahrsreise der Senioren Union!

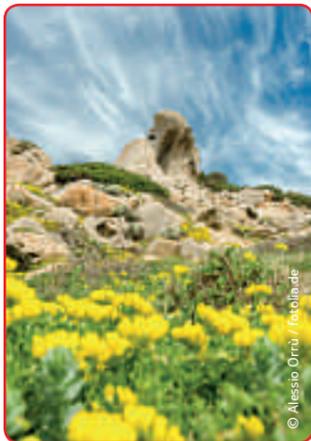


Warum man dieses schöne Fleckchen Erde oft auch als „Karibik im Herzen des Mittelmeeres“ bezeichnet, wird einem schnell klar: Freuen Sie sich auf smaragdgrünes Wasser, das die weißen Sandstrände umspült, und kleine, idyllische Buchten! Im Landesinneren ist Sardinien vorwiegend bergig und begeistert durch die weit ausgedehnte Naturlandschaft.

Bei geführten Ausflügen lernen Sie Land und Leute sowie bedeutende kulturelle Stätten der zweitgrößten Mittelmeerinsel kennen. Wer möchte, kann an einer zusätzlichen Exkursion zur Insel Korsika teilnehmen.

Und Sie werden auch ausreichend Gelegenheit haben, das milde, mediterrane Klima und das angenehme Ambiente des 4-Sterne-Hotels zu genießen. Kurz: Freuen Sie sich auf eine schöne Auszeit vom Alltag, die Ihnen eine gute Mischung aus Kultur, Erlebnis und Erholung bietet. Fliegen Sie mit!

- Flüge:** Ab/bis vielen deutschen Flughäfen möglich
- Besichtigungen:** Erlebnisreiches Ausflugsprogramm mit qualifizierter Leitung inklusive
- Entspannung:** Komfortables 4-Sterne-Hotel in schöner Lage mit Privatstrand



INFORMATION & ANMELDUNG

Reiseziel: SARDINIEN

Termine: 14.04. – 21.04.2018
 21.04. – 28.04.2018

Preise: EUR 1.095,- p. P. im DZ*

Einzelzimmer-Zuschlag: EUR 245,-
Zuschlag garant. Meerblick p. P. je Woche: EUR 140,-
Verlängerungswoche p. P. im DZ*/HP: EUR 455,-
(* bei Zweierbelegung)
Zuschlag für Flüge ab / bis p. P.:
Köln-Bonn, Stuttgart: ohne
Düsseldorf, München: EUR 25,-
Berlin-Tegel, Hamburg: EUR 50,-
Frankfurt: EUR 80,-

Reiserücktrittskosten-Versicherung mit Selbstbehalt p. P.:
Grundwoche EUR 50,-
inkl. Verlängerungswoche EUR 75,-
(Kann nach Abschluss nicht mehr storniert werden.)

Terramundi ist insolvenz-versichert bei:



Bitte senden Sie mir das detaillierte Reiseprogramm zur SARDINIEN-Reise.

JA, ich möchte mit folgenden Personen an der SARDINIEN-Reise teilnehmen. Bitte senden Sie mir die Buchungsbestätigung.

Name, Vorname (Teilnehmer/in 1 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum
Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort	
Telefon mit Vorwahl	E-Mail
Name, Vorname (Teilnehmer/in 2 lt. Ausweisdokument)	Geburtsdatum

Nach Buchungseingang erhalten Sie eine Buchungsbestätigung vom Veranstalter Terramundi GmbH. Mit Erhalt der Reisebestätigung und des Versicherungsscheins ist eine Anzahlung von 10% des Reisepreises fällig, der Restbetrag 3 Wochen vor Anreise. Mit meiner Unterschrift erkenne ich die Reise- und Zahlungsbedingungen (einsehbar unter www.terramundi.de, auf Wunsch gern Zusendung per Post) des Veranstalters Terramundi GmbH – auch im Namen der/des Mitreisenden – an.

Datum, Unterschrift

Coupon ausfüllen und direkt an den Veranstalter senden:

Terramundi
Travel & Incentive GmbH
Terramundi GmbH
Im Wauert 14 • 46286 Dorsten
Telefon: 0 23 69 / 9 19 62-0
Telefax: 0 23 69 / 9 19 62-33
E-Mail: info@terramundi.de
Web: www.terramundi.de

Gewünschter Flüge ab/bis**:

**nach Verfügbarkeit, bitte beachten Sie evtl. Zuschläge!

Hier bitte Ihre gewünschten Leistungen ankreuzen: DZ* = Doppelzimmer • EZ = Einzelzimmer • MB = gar. Meerblick • VL = Verlängerungswoche • RV = Reiserücktrittskosten-Versicherung

Teiln. 1 DZ EZ MB VL RV
Teiln. 2 DZ EZ MB VL RV

KONTROVERSE UND Annäherungen

1. Mohammed – die absolute Autorität bis heute

Der Stifter der mit weltweit über 1,3 Milliarden Gläubigen zweitgrößten Weltreligion, des Islam, Mohammed (570 – 632 n. Chr.), ein Kaufmann aus Mekka, versteht sich aufgrund mehrerer Offenbarungen zwischen 610 und 622 n. Chr. als Gottes (= Allahs) letzten Propheten. Allah hat ihm seine Botschaft mit dem Koran als heilsentscheidenden, zeitlosen und für alle Menschen gültigen Gottestext übermittelt. In Medina, wohin Mohammed 624 n. Chr. mit seinen Anhängern wegen der Ablehnung durch die arabischen Stämme und der Nichtanerkennung durch die Juden und Christen floh, legte er den Grundstein für die Ordnung muslimischer Gemeinden (Rechtsnormen, Alltagsvorschriften) und verbreitete den Islam mit Krieg und List gegen die arabischen Nachbarstämme, Juden und Christen. Seine Nachfolger führten in den folgenden Jahrzehnten den Kampf für den Islam erfolgreich fort und verfassten Tausende sogenannte Hadithe, d.h. Texte mit persönlichen Äußerungen, Ansichten und Gedanken Mohammeds, mit Ereignisberichten über sein Tun und Verhalten in unterschiedlichen Lebens- und Konfliktsituationen sowie mit Begebenheiten aus seinem und dem Leben seiner frühen Nachfolger; die Hadithe heißen auch „die Sunna“ (arab. = Brauch, vorbildliche Weg, Prophetentradition). Diese Sammlungen sind neben dem Koran Glaubensquelle und Richtschnur für die Muslime. Aus beiden ist die Scharia (arab. = Weg), das islamische Recht, mit Vorgaben für das religiöse, politische, wirtschaftliche, soziale und ethische Handeln und Leben der Muslime abgeleitet. Unter den Muslimen ist Mohammed als Prophet Gottes eine absolute Autorität, und das, obwohl die Aussagen über ihn in den Hadithen und einige Suren des Koran uneinheitlich sind. Sie zeigen nämlich mal den barmherzigen und Frieden liebenden Mohammed und mal den despotischen, Angst vor dem Höllenfeuer schürenden und grausamen Religionsführer



Muslimische Gebetskette

Eine große Zahl muslimischer Flüchtlinge traf und trifft in Deutschland auf eine Gesellschaft mit Ordnungen, Werten und Gesetzen, die mit denen ihrer Herkunftsländer nicht übereinstimmen. Das verlangt von ihnen Verhaltens- und Einstellungsänderungen, die einem größeren Teil von ihnen aus religiösen Gründen schwerfallen. Vier Facetten eines Problems ...

rer und Kriegsherrn, der Männer hinrichten, Frauen und Kinder versklaven oder als Kriegsbeute an seine Mitkämpfer verteilen lässt. Dessen völlig ungeachtet ist Mohammed für die Muslime in allem Vorbild, Norm und Tugendbeispiel. Was er getan und gesagt hat, hat ausnahmslose Verbindlichkeit und kann von jedem Moslem ebenso getan und gesagt werden. Deshalb ist Kritik am Propheten im Islam eine schwere Sünde und zieht harte Strafen nach sich. Wo sich daraus Konflikte mit westlichen liberalen, aufgeklärten demokratischen Gesellschaften ergeben, sowohl im Recht als auch in der kulturadäquaten Alltagspraxis, gebührt Mohammed der Vorzug. Denn der Anspruch des Islam ist religiös und zugleich politisch.

2. Koran, Sunna und Scharia – der Islam des 7. Jahrhunderts als Maßstab für heute

Der Rückbezug des islamischen Rechts auf die Lebens- und Glaubenspraxis Mohammeds und seiner Getreuen im 7. Jh. als unabwiesbare Rechtsnorm bringt Schwierigkeiten in der Gegenwart des 21. Jh. mit sich. Diese, heute viel proklamierte Rückkehr zum Ur-Islam ist die Ursache zahlreicher Konflikte in demokratischen und nichtmuslimischen Gesellschaften, vor allem mit Anhängern einer wortgetreuen und fundamentalistischen Textauslegung. Beispiele sind der bewaffnete Kampf gegen Ungläubige, die Todesstrafe für den Abfall vom Islam, die Belohnung mit dem „Paradies“ für das Töten von Gottlosen durch Selbstmord, Frauen und Kinder als Kriegsbeute und Lösegeld, das Vertreiben der Juden und Christen, die Polygamie, das Frauen benachteiligende Familien- und Erbrecht, die Eheschließung von Männern mit Minderjährigen und Kindern ab neun Jahren, das Recht



Der Autor: Prof. Dr. Dr. Werner Wiater war bis vor kurzem Ordinarius für Schulpädagogik an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg

auf körperliche Züchtigung der Ehefrau durch den Ehemann, der absolute Gehorsam der Ehefrau gegenüber ihrem Mann, das Verbot der Heirat mit Nichtmuslimen, die Bestrafung durch Abtrennen von Körperteilen (Hand z.B. bei Diebstahl, Füße, Kopf), durch Auspeitschung (z.B. bei Alkoholgenuß und Glücksspielen), durch die Todesstrafe (bei Mord oder unehrenhaftem Verhalten eines Familienmitglieds („Ehrenmord“)), durch Steinigung, teilweise auch durch Eingraben ins Erdreich (z.B. bei Ehebruch, Unzucht und Homosexualität), die Zwangsverheiratung durch die Familie, das Verhüllen der Frau, das Einholen der Erlaubnis zum Verlassen des Hauses beim Ehemann, das Absprechen des Rechts auf Religionsfreiheit usw. usw. Alle Strafen sind im frühen Islam von Mohammed und seinen Anhängern praktiziert worden und daher legitim. In Staaten, in denen die Scharia staatliches Recht und Gesetz ist (z.B. in Saudi-Arabien), werden Vergehen bis heute so geahndet; andere islamische Staaten verzichten teilweise auf deren Anwendung, zumal Mohammed auch Milde gegenüber reuigen Sündern vertreten hat.

3. Konfessionelle Vielfalt und Zerstrittenheit

Der Islam verbreitete sich durch umherreisende Kaufleute und durch kriegerische Auseinandersetzungen innerhalb von drei Jahrhunderten in der ganzen arabischen Welt bis nach China und Indonesien, nach Europa und danach nach Asien und Afrika. Alle Muslime verstanden sich als eine Umma (arab. = Gemeinschaft, von „umm“ = Mutter abgeleitet), eine religiöse und politische Gemeinschaft aller, die an Allah, den einen Gott, und an seinen Propheten Mohammed glauben. In Wirklichkeit ist der Islam aber keine einheitliche Weltreligion, sondern teilt sich in mehrere große Glaubensrichtungen und kleinere Gruppierungen, die sich oft feindlich gegenüberstehen und sich gegenseitig den wahren Glauben streitig machen (vgl. auch Souverän 1-2017, S. 18). Die Spaltung in die großen Glaubensrichtungen „Sunniten“ und „Schiiten“ beginnt unmittelbar nach dem Tod Mohammeds im Zusammenhang mit der Nachfolgefrage für ihn. Seitdem gibt es zwischen beiden Konfessionen bis heute kriegerische Auseinandersetzungen bei Staaten, die mehrheitlich der einen oder der anderen zugehören (z.B. Saudi-Arabien: Sunniten mit den radikalen Richtungen der Salafisten, Dschihadisten und Islamisten, Iran: Schiiten, zu denen auch die Alawiten und die Aleviten zählen). Die Sunniten stellen weltweit



Arabisches Schriftzeichen für den Propheten Mohammed

mehr als 80% der Muslime, die Schiiten etwa 15%, hinzu kommen noch zahlreiche kleinere Gruppierungen (wie z.B. die Ibaditen im Oman, der Sufi-Orden, die Ahmadiyya und andere). Die Kurden können den alevitischen Schiiten zugeordnet werden, die Jesiden haben keine Gemeinsamkeit mit den Muslimen. In der Bundesrepublik Deutschland befinden sich Angehörige nahezu aller Konfessionen und Gruppierungen des Islam, die keineswegs immer friedlich zusammenleben. Allzu gravierend sind deren theologische Unterschiede und ihr Streit um den wahren Islam.

4. Der europäische Islam – zurzeit eine Fiktion

Speziell am Verständnis von Koran, Sunna und Scharia als Glaubens- und Rechtsgrundlage ist von einigen westlichen Islamwissenschaftlern Kritik geübt worden. So wird (1) angezweifelt, ob es sich in den religiösen Schriften immer eindeutig um Worte und Handlungen des Propheten handelt. (2) Bei genauerer Textanalyse werden unterschiedliche Deutungsmöglichkeiten von Koran-Versen erkennbar. Außerdem gebe es Koran-Verse, in denen die Nachahmung Mohammeds verboten werde. (3) Reformorientierte Islam-Richtungen plädieren für eine aktualisierte eigenständige Findung von Rechtsnormen auf der Grundlage des Korans und der Sunna. (4) Sie machen auch auf eine seit Jahrhunderten geltende Regel aufmerksam, dass Muslime sich in nichtislamischen Ländern den dort geltenden Gesetzen anpassen dürfen. Diesen Auffassungen widerspricht die zurzeit wachsende Gruppe der Islamisten, Fundamentalisten, Salafisten und Dschihadisten in Europa massiv. Sie vertritt öffentlich und wirksam die Auffassung, im Islam müssten die religiösen Texte wortwörtlich verstanden und umgesetzt werden. Die wissenschaftliche Islamforschung der Gegenwart in Deutschland fordert dagegen, den Koran, die Sunna und die Scharia mit historisch-kritischen, soziologischen oder psychologischen Methoden zu analysieren, d.h. die Zeitbedingtheit, Kulturabhängigkeit und Geschichtlichkeit der islamischen Textaussagen herauszuarbeiten, um deren Sinn für das 20./21. Jh. zu re-formulieren. ■

Literatur

Brunner, R. (Hrsg.): Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion. Stuttgart, 2016
Trutwin, W.: Weltreligionen. Islam. München, 2010
Wiater, W.: Die Religion der Asylanten: Muslime, Kurden, Jesiden. In: Politische Studien 471, 2017, S. 59-68

OFFENKUNDIGE MarktsKEPSIS

Vermitteln deutsche Schulbücher eine wirtschaftsfeindliche Einstellung? Prof. Dr. Hans Jürgen Schlösser und Dr. Michael Schuhen von der Universität Siegen haben im Auftrag eines Unternehmerverbandes einen Blick in die Unterrichtsmaterialien geworfen. Wie lautet ihr Urteil?



Professor Hans Jürgen Schlösser ist seit 1998 Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftswissenschaft und Didaktik der Wirtschaftslehre an der Universität Siegen. Außerdem ist er Vorsitzender und Sprecher des 2009 gegründeten Zentrums für ökonomische Bildung (ZöBiS) an der Uni Siegen.

Souverän: Herr Professor Schlösser, Sie haben die Darstellung von Marktwirtschaft und Unternehmertum in deutschen Schulbüchern untersucht und als bedenklich eingestuft. Warum?

Schlösser: Der ordnungspolitische Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft – funktionsfähiger Markt und soziale Verantwortung, eingebettet in einen stabilen Ordnungsrahmen – wird in den meisten Schulbüchern nicht lebensnah vermittelt.

Das Unternehmerbild wird vernachlässigt. Die Behandlung des Unternehmertums bleibt knapp und unbefriedigend. Werden Unternehmen als Kategorie vorgestellt, so findet sich nur selten der Schluss, dass Unternehmen Gewinne erwirtschaften müssen, um Investitionen zu tätigen. Meist wird die Gewinnerzielungsabsicht genannt, aber es wird keine Begründung für dieses Ziel angeführt. Der technische Fortschritt und der Strukturwandel werden ohne den Unternehmer behandelt, obwohl gerade

er diese Prozesse vorantreibt. Unternehmertum wird nicht als Quelle des Wohlstands erkannt. Zu kurz kommen generell die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Funktion der Unternehmer. Gewiss hat nicht jeder das Zeug zur Selbstständigkeit, aber nach wie vor wird in den Büchern nicht deutlich, dass die unternehmerischen „Spürnasen“ eben auch Handlungsspielräume und Einkommen für eher verwaltende und vortragende Charaktere und für Tüftler schaffen, die sich nicht für Vermarktung und Gewinn interessieren. Auffällig ist auch, dass in den meisten Schulbüchern der Mittelstand bzw. die Familienunternehmen zu kurz kommen. Im Vordergrund stehen die bekannten Großunternehmen.

Können Sie uns einige besonders auffällige Beispiele benennen?

Globalisierung wird als ein Prozess interpretiert, bei dem es nur Verlierer gibt: Die Industrieländer verlieren Arbeitsplätze an die

„Niedriglohnländer“, und diese werden aus der Sicht vieler Erdkundebücher ausgebeutet. Die Wohlstand schaffende Wirkung von Freihandel kommt in vielen Schulbüchern zu kurz. „Der Großteil der Bevölkerung hat aber keinen Vorteil vom Welthandel“ (Beispiel: Terra Erdkunde 3, Differenzierende Ausgabe, S. 12).

In den Geschichtsbüchern konzentrieren sich wirtschaftliche Erörterungen auf die Industrielle Revolution, deren negative Verteilungswirkungen betont werden.

Zweifellos sind diese auch aufgetreten. Aber es wird versäumt, auf die Armut und Ungerechtigkeit in vorindustrieller Zeit hinzuweisen. Ebenso werden die erheblichen Lohnsteigerungen für die Arbeiterschaft im Laufe der Entwicklung und die Gewinne an Freizügigkeit für die breite Bevölkerung, die mit der Industrialisierung einhergegangen sind, unterschlagen.

Die marktskeptische Haltung scheint auch bei der Behandlung der marktwirtschaftlichen Ordnung durch: „Ihre häufigen Krisen, die die wirtschaftliche Existenz großer Menschengruppen bedrohen, und die weltweiten Umwelterstörungen lassen jedoch viele Menschen an diesem Leitbild zweifeln“ (Beispiel: Politik verstehen und handeln, S. 304).

Zur ökonomischen Theorie und Lehre gehört zwangsläufig auch die Verteilungsfrage. Wie wird diese in den Schulbüchern abgehandelt?

Gerechtigkeit wird hauptsächlich unter dem Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit thematisiert. Dies gilt insbesondere für die Fächer Erdkunde/Geographie und Geschichte. Leistungsgerechtigkeit spielt nur eine geringe Rolle. Allerdings sind auf diesem Gebiet im Vergleich zu früheren Schulbuchanalysen Bemühungen um eine ausgewogenere Darstellung festzustellen.

Im Hinblick auf Verteilungsfragen konzentrieren sich die Schulbücher auf die Empfänger von Sozialleistungen. Gegenüber der „nehmenden Hand“ wird die „gebende Hand“ vernachlässigt. Selten wird deutlich, dass die Möglichkeiten des Staates, Einzelne oder Gruppen zu unterstützen, von einer leistungsfähigen

Marktwirtschaft abhängen. Auch Menschen, die sich im Non-Profit-Bereich engagieren wollen, sollten wissen, dass beispielsweise karitative Aktivitäten Ressourcen benötigen, die letztlich in den Wertschöpfungsketten der Unternehmen erzeugt werden. Die Schulbücher verdeutlichen kaum, dass der Staat kein eigenes Einkommen erzeugt und deshalb diejenigen besteuern muss, die das tun, damit er zu den Ressourcen kommt, die er braucht, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Woher rührt die offenkundige Marktskepsis? Sind Lektoren und Autoren ideologisch vorgeprägt?

Nach wie vor überwiegt eine skeptische bis ablehnende Haltung zur Marktwirtschaft. Es ist schwer zu sagen, ob dies auf ideologische Voreingenommenheit oder auf ökonomische Unkenntnis der Autoren zurückgeht. In etlichen Fällen geht wohl beides Hand in Hand.

Die oft eher negative Darstellung von wirtschaftlichen Grundlagen und Prozessen in Schulbüchern wurde schon in der Vergangenheit mehrfach thematisiert und kritisiert. Genutzt hat dies offenbar nichts. Wo müsste man in den Schulbuchverlagen denn ansetzen? Braucht es mehr sachkundige Autoren, beispielsweise aus der Wirtschaft selbst?

Mit Sicherheit braucht es mehr sachkundige Autoren, insbesondere bei den Schulbüchern für die Fächer Geschichte, Erdkunde und Sozialwissenschaften, die ja alle auch Wirtschaftsthemen behandeln. Autoren aus der Wirtschaft würden allerdings leicht dem Vorwurf des Lobbyismus ausgesetzt werden. Außerdem sind sie meist nicht didaktisch kompetent.

Faktenwissen über wirtschaftliche Zusammenhänge und Hintergründe sind die eine Seite, die Vermittlung ganz praktischen Wissens über wirtschaftliche Abläufe im Alltag die andere. Was leisten Schulbücher in diesem Zusammenhang?

Wirtschaftliche Abläufe im Alltag werden in den Schulbüchern für Erdkunde, Geschichte

und Sozialwissenschaften vernachlässigt. In den Büchern für Arbeitslehre oder den Schulbüchern für das berufsbildende Schulwesen gelingt dies besser. Die Darstellung der Sozialen Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung bleibt in allen Schulbüchern sehr abstrakt. Den Schülern wird der ordnungspolitische Rahmen unanschaulich dargeboten, die notwendige Konkretisierung und lebenspraktische Relevanz fehlen. Bleibt es beim berühmten Foto von Ludwig Erhard mit der Zigarre, ist die deutsche Wirtschaftsordnung für Schülerinnen und Schüler Teil einer Vergangenheit, aber nicht Teil ihrer Gegenwart.

In Deutschland beklagen wir einen Rückgang der Selbstständigenquote und leisten gleichzeitig Millionenaufwand für die Förderung von Start-up-Unternehmen. Was könnte, was müsste in der Schule unternommen werden, um die junge Generation zu mehr Unternehmergeist zu motivieren?

Ein eigenes Fach Ökonomie oder Wirtschaftswissenschaft sollte möglichst flächendeckend eingeführt werden, um die ökonomische Bildung zu verbessern. Als zweitbeste Alternative sollte mindestens ein Ankerfach für die ökonomische Bildung geschaffen werden, um der Fragmentierung des Wissens entgegenzuwirken. Daran können sich dann die Schulbücher orientieren. Die Schulbuchanalyse zeigt, dass ohne ein eigenes Fach für die ökonomische Bildung unternehmerische Dynamik nicht behandelt wird. Unternehmensgründung ist als Thema unterrepräsentiert. In den Schulbüchern für die Fächer Arbeit-Wirtschaft-Technik, Arbeitslehre und Gesellschaftslehre wird trotz der arbeitsbezogenen Perspektive die Unternehmerpersönlichkeit kaum thematisiert. Selbstständigkeit ist allerdings durchaus ein Thema.

In Schulbüchern für das berufsbildende Schulwesen spielen aber die Unternehmensgründung und dabei die Unternehmerpersönlichkeit durchaus eine wichtige Rolle. Aber hier gibt es ja auch das Fach Wirtschaft. Die Nähe zum Arbeitsmarkt der berufsbildenden Schulen spiegelt sich auch in den Schulbüchern wider, welche sich um Praxisorientierung und Fachlichkeit bemühen.



CDU-Landesparteitag Meck-Pom

GUTE VORSTANDSMISCHUNG



Helga Karp, Landesvorsitzende, im Gespräch mit der Bundeskanzlerin

Im April trafen sich die Delegierten der CDU Mecklenburg-Vorpommerns zum Landesparteitag in Grimmen. Anlass war die Wahl eines neuen Landesvorstandes. Mit großer Mehrheit

wählte die Versammlung Vincent Kokert zum neuen Vorsitzenden. Für die Senioren-Union des Landes trat die Vorsitzende Helga Karp an und wurde ebenfalls als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt.

In ihrer Vorstellungsrede appellierte Helga Karp, die Rolle der Älteren als Wähler nicht zu unterschätzen und ihren Erfahrungsschatz und ihr Wissen stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen. „Der neue Landesvorstand besteht aus einer guten Mischung aus Jung und Alt, Bundes-, Landes- sowie Kommunalpolitikern und Vertretern aus allen Landesteilen“, so Helga Karp. „Und übrigens hat meine 5-jährige Enkelin Thea zu dem Foto mit Frau Dr. Merkel gesagt: ‚Ich glaube, Oma, du hast eine neue Freundin!‘ Auf jeden Fall werden wir die Bundeskanzlerin als Senioren-Union im Wahlkampf unterstützen, wo wir können.“

5. Armuts- und Reichtumsbericht:

POSITIVE ENTWICKLUNG FÜR ÄLTERE MENSCHEN

Mitte April 2017 hat die Bundesregierung den 5. Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“ verabschiedet. Dieser aktuelle Bericht zeigt, dass die meisten Rentner in einer insgesamt günstigen wirtschaftlichen Situation leben und seltener armutsgefährdet sind als die Gesamtbevölkerung. Nur ca. drei Prozent der über 65-jährigen bezogen im Jahr 2015 Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Eine zentrale Bedeutung hat für die ältere Generation die gesetzliche Rente, die in dieser Legislatur durch zahlreiche Maßnahmen wie die Mütterrente oder eine verbesserte Erwerbsminderungsrente ausgebaut wurde. Im Juli 2016 fand zudem die stärkste Rentenanpassung seit 23 Jahren statt – in Westdeutschland um 4,25 Prozent, sodass die Rentensteigerung seit 2012 insgesamt rund 2,1 Prozent betrug. Erfreulich ist auch, dass die Erwerbsquote älterer Menschen in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen ist. So hat sich die Quote bei den 55- bis 64-Jährigen seit 2006 von 48,1 Prozent auf 66,2 Prozent weiter gesteigert.

Trotz dieser generell positiven Entwicklung müssen wir insbesondere bei zukünftigen Rentnergenerationen aufgrund unterbrochener Erwerbsbiographien, Langzeitarbeitslosigkeit, veränderter Familienformen und einer größeren Anzahl Alleinstehender mit einem Anstieg des Armutsrisikos rechnen und rechtzeitig wirkungsvolle Gegenmaßnahmen treffen. Die Senioren-Union wird diese Entwicklung genau im Auge behalten und das Thema Altersarmut weiterhin zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. **Alfons Gerling, Bundesvorstandsmitglied der Senioren-Union Deutschlands**

JUBILÄUMSNADELN

Die Senioren-Union kann im kommenden Jahr auf ihr 30-jähriges Bestehen zurückblicken. Das sollte Anlass genug sein, auch verdiente Mitglieder für ihre langjährige Tätigkeit in der Orts- oder Kreisvereinigung auszuzeichnen. Die Nadeln gibt es in Silber (fünf Jahre), Gold (zehn Jahre) und Diamant (15 Jahre). Sie können käuflich erworben werden unter www.senioren-union.de, dort unter Werbematerialien (Übersicht CDU-Shop/Mitgliederbetreuung).



Starterpakete

MATERIAL FÜR DEN ENDSPURT

Noch ist alles offen, auf den letzten Metern bis zum Wahltag gilt es noch einmal kräftig durchzustarten. Hilfestellung dabei bieten die von der Bundesgeschäftsstelle seit Anfang August bereitgestellten Starterpakete. Sie enthalten 496 Einzelelemente für den Wahlkampf und können von allen Kreisvorsitzenden bestellt werden. Von den programmatischen Materialien (Flugblätter, Leporellos, Themenkarten) geht es zu neugestalteten Werbemitteln (z.B. Wasserbälle, Erste-Hilfe-Sets, Desinfektionsspray und Brillenputztücher sowie Ausleseschutzhüllen für EC- und Kreditkarten) bis hin zu Klassikern wie Kugelschreibern, Einkaufswagenchips und Fächern. Die



Starterpakete sind kostenfrei, müssen aber aktiv bestellt werden. Am einfachsten vom Kreisvorsitzenden oder der Kreisgeschäftsstelle per Mail an seniorenunion@cdu.de. Natürlich stehen diese Bestellmöglichkeiten für die Werbemittel allen Gliederungen der Senioren-Union offen. Nach Ge- und Verbrauch dieser Erstausrüstung kann gerne auch individuell unter selbiger Adresse nachgeordert werden. Die programmatischen Materialien (Leporello und Themenkartenset) können einfach und bequem im CDU-Shop nachbestellt werden. Und je nach gewünschter Menge der einzelnen Werbemittel kann man in der Bundesgeschäftsstelle ein preisliches Angebot abfordern.

Bundesvorstandssitzung

BAUSTELLE BUNDESWEHR



Die Bundesverteidigungsministerin im Bundesvorstand



Nach angeregter Diskussion: Ursula von der Leyen und Prof. Dr. Otto Wulff

Die nackten Zahlen lesen sich wie eine Konzernbilanz: 250.000 Mitarbeiter, davon 178.000 Soldaten und Soldatinnen, fast 300 Standorte, 600 Flugzeuge und Hubschrauber, 80 Marineeinheiten (inkl. U-Boote), fünf Krankenhäuser, zwei Universitäten – das ist das Aufgebot, über das mit Ursula von der Leyen erstmals seit Dezember 2013 eine Bundesverteidigungsministerin zu gebieten hat. In der Diskussion mit dem Bundesvorstand der Senioren-Union Ende April 2017 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus kamen alle aktuellen Herausforderungen, denen sich die Bundeswehr und ihre Chefin stellen müssen, zur Sprache. So erläuterte von der Leyen die Maßnahmen zur dringend notwendigen Modernisierung (Lkws und Hubschrauber beispielsweise stammen noch aus den 70er Jahren) der

Bundeswehr, für die in den nächsten 15 Jahren etwa 130 Milliarden Euro mehr ausgegeben werden sollen. Unter anderem gilt es, die Bundeswehr im Bereich Digitalisierung und Cybersicherheit fit zu machen. Zugleich müssen die Beschaffungssysteme reformiert werden, die in der Vergangenheit immer wieder für Kostenexplosionen bei Rüstungsprojekten gesorgt haben. Die Verteidigungsministerin sprach in diesem Zusammenhang von „lausigen Verträgen“, die da in vielen Fällen mit der Rüstungsindustrie geschlossen worden seien. Um Kosten zu sparen und dennoch eine schlagkräftige, moderne Armee auf die Beine zu stellen, arbeitet Ursula von der Leyen nach eigenen Worten auch intensiv daran, eine europäische Verteidigungsunion voranzubringen.

Immobilienbesitzer im Alter:

ALLES SOLL *geregelt* SEIN

Im Alter soll alles geregelt sein – vor allem Immobilieneigentümer haben das Bedürfnis, für die Zukunft so genau wie möglich zu planen. Sie wollen vorsorgen für den Tag, an dem sie nicht mehr ohne fremde Hilfe allein in den eigenen vier Wänden leben können. Sechs von zehn Rentnern werden daher aktiv und versuchen, für sich ein Stück Sicherheit zu schaffen. Ihr Ziel ist es dabei, so lange es nur geht in der vertrauten Umgebung zu bleiben. Lediglich neun Prozent haben schon mal mit dem Gedanken gespielt, ihr Eigenheim zu verkaufen. Allerdings gelingt es nur selten, wirklich sichere Regelungen für den Verbleib in der eigenen Immobilie zu finden. Unter anderem, weil viele Rentner die Kosten unterschätzen, die im Alter auf sie zukommen. Oft ist das Geld zu knapp kalkuliert. Unerwartete Aufwendungen für Instandhaltung des Eigenheims, medizinische Behandlungen oder für eine Pflegekraft werden nicht ausreichend berücksichtigt. „Es gilt für Senioren, gerade auch wenn sie im

eigenen Heim bleiben möchten, rechtzeitig Kassensturz zu machen und professionell zu planen, wie dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann“, empfiehlt Prof. Dr. Heinrich Schradin von der Universität Köln. Ein möglicher Weg für die Senioren, den Verbleib in der eigenen Immobilie sicherzustellen, ist die Immobilien-Leibrente. Dabei verkaufen die Senioren ihr Haus oder ihre Wohnung und bekommen im Gegenzug ein lebenslanges Wohnrecht sowie eine monatliche Leibrente. „Ein Modell, das gerade auch für sicherheitsorientierte Menschen interessant ist“, sagt Friedrich Thiele, Vorstand der Deutsche Leibrenten. Denn das lebenslange mietfreie Wohnrecht wie auch die monatliche Leibrente werden notariell im Grundbuch verankert. Die Leibrente eignet sich grundsätzlich für alle Immobilieneigentümer, die das 70. Lebensjahr erreicht haben – für Paare ebenso wie für Einzelpersonen. Sie wird auch vom Bundesverband Initiative 50plus empfohlen. „Mit der Immobilien-Leibrente können Seni-



Deutsche Leibrenten / Budimir Jevtic / fotolia

oren das in der eigenen Immobilie steckende Vermögen schon zu Lebzeiten optimal nutzen, beispielsweise für die Pflege zuhause“, so Leibrenten-Experte Thiele. Mehr Informationen, auch für ein eigenes Angebot, erhalten Sie unter www.deutsche-leibrenten.de oder unter der Nummer **069-949 856 10**.



Anzeige



Wahlkampfjahr 2017:

UNTERWEGS FÜR DEN Wahlsieg

Diskussionsrunde mit Frauen- und Junger Union in Berlin. Das Thema: Das Leben in der EU – ein Generationendialog

Bislang kann die CDU mit dem Wahljahr 2017 mehr als zufrieden sein. Dem überraschend klaren Sieg im März an der Saar folgte ein weiterer Triumph Anfang Mai in Schleswig-Holstein und nur eine Woche später die Sensation an Rhein und Ruhr: der Regierungswechsel in Nordrhein-Westfalen. Die Senioren-Union kämpfte für diese Erfolge auf allen Ebenen mit (zur Wahl im Saarland vgl. auch Souverän 2-2017, S. 40). In NRW tourte der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Prof. Dr. Otto Wulff, unermüdlich durch die Lande, trat u.a. in Bergisch-Gladbach, Bochum, Saerbeck, Hamminkeln, Pulheim, Köln, Kaarst, Düsseldorf und

im Märkischen Kreis auf, teils mit den örtlichen Landtagskandidaten oder Bundestagsabgeordneten, oft auch gemeinsam mit Paul Ziemiak, dem Chef der Jungen Union. Mit Ziemiak knüpft Wulff an die unvergessenen Auftritte als „Union der Generationen“ mit dem viel zu früh verstorbenen Ex-JU-Vorsitzenden Philipp Mißfelder an. Kaum war die Schlacht zwischen Rhein und Weser geschlagen, richteten sich alle Augen auf die kommenden Bundestagswahlen am 24. September. Ende Juni trat der SU-Bundesvorsitzende deshalb im Wahlkreis von Angela Merkel auf Rügen auf. Weiter ging es mit Schwerin und



Union der Generationen auf Deutschlands Straßen: JU-Chef Paul Ziemiak und Prof. Dr. Otto Wulff

Halle: „Unionspolitik von heute und morgen“



Interessierte Zuhörer auch bei der Presse: Interview mit der Redaktion der Schwäbischen Zeitung



Halberstadt: Thema Generationengerechtigkeit mit Heike Brehmer MdB

einer Tour quer durch Sachsen-Anhalt, so etwa mit Station in Halle, Aschersleben und Halberstadt, wo Wulff mit Heike Brehmer MdB, Ulrich Thomas MdL, Daniel Szarata MdL und Professor Wolfgang Merbach, dem SU-Vorsitzenden in Sachsen-Anhalt, zum Thema „Generationengerechtigkeit für die Zukunft – die Unionspolitik von heute und morgen“ diskutierte.

Nächster „Halt“: Baden-Württemberg. Welche Anforderungen eine solche Wahlkampftour an Konstitution und Kondition stellt, lassen die Notizen von Claus Bernhold, Pressesprecher der Senioren-Union, erahnen, der Professor Wulff an mehreren Tagen im Juli begleitet. **18. Juli 2017, vormittags, Aufbruch nach Süden, Wahlkampftour in Baden-Württemberg, 13:00 Uhr kurze Verschnaufpause in St. Leon Rot, 14:30 Uhr Veranstaltung im Kreisverband Rhein-Neckar der Senioren-Union. Trotz sehr hoher sommerlicher Temperaturen gut besucht. Örtlicher MdB ist Dr. Stephan Harbarth, der bei den Anwesenden gut ankommt. Beide Redner ergänzen und verstehen sich sehr gut.**

Die örtliche Presse schreibt später u.a.: Prof. Dr. Otto Wulff, seit 2000 Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands und seit 2002 Bundesvorsitzender der Senioren-Union Deutschlands, ist ein Vertreter der „Klartextfraktion“. „Wir reden Tacheles“, sagte der 84-jährige Wulff, der auf Einladung von Kurt Wagner, dem Vorsitzenden der dortigen Senioren-Union, und des Bundestagsabgeordneten Dr. Stephan Harbarth im Clubhaus des FC Rot e.V. zu aktuellen politischen Themen sprach. „Wer am 24. September nicht die Union wählt, der muss befürchten, dass Rot-Rot-Grün unser Land an die Wand fährt“, so der CDU-Politiker, der 21 Jahre lang Mitglied des Deutschen Bundestages war, zu Beginn seiner Ausführungen.

16:30 Uhr, nach eifriger Diskussion Weiterfahrt über die A6 nach Aalen in den Bereich der Senioren-Union Nordwürttemberg in den Wahlkreis von MdB Roderich Kiesewetter. Unterwegs korrigiert der Bundesvorsitzende noch Redemanuskripte und liest die aktuellen Presseberichte.

18:45 Uhr nach einigen Verkehrsstaus Eintreffen in Aalen, nach Abstecher zum Hotel und kleinem Abendessen weiter zum Generationengipfel der Senioren-Union und der Jungen Union im Sängerkloster in Hofherrnweiler. Dort voller Saal beim Kreisverband Ost-Alb, stärksten Verband in Baden-Württemberg mit Johann Hoffer als Vorsitzendem. Ab 20:00 Uhr heißt es dort: Die Jungen werden immer weniger und die Älteren immer mehr. Hierdurch verändert sich dadurch unser Zusammenleben? Was bedeutet dies für unser Sozialsystem? Und werden sich radikale Einschnitte nicht mehr vermeiden lassen? Gute, manchmal durchaus kontroverse Diskussion mit Martin Numberger, dem stv. Landesvorsitzenden der Jungen Union in Baden-Württemberg.

Die „Schwäbische Post“ schreibt am übernächsten Tag: „Gegen Langeweile und Verdrossenheit in der Politik hilft Spaß an der Auseinandersetzung. Dazu animierte Prof. Otto Wulff aus Berlin beim „Generationengipfel“ der Senioren-Union und der Jungen Union. Trotz seines hohen Alters von 84 Jahren entwickelte Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, als Referent geradezu jugendlichen Schwung. Mit außergewöhnlichen Impulsen und Anregungen wusste er sein zahlreiches Publikum im vollen Saal des Sängerklosters Hofherrnweiler zu begeistern.“ Bleibt zu vervollständigen, dass im Juli und August zahlreiche weitere Auftritte folgten, so bei einer Großveranstaltung mit Minister-

Weitere Termine bis zur Wahl

- 01.09.2017** Tag der Senioren-Union Hessen, Langenselbold
- 05.09.2017** Göttingen, mit Fritz Güntzler MdB
- 06.09.2017** Oldenburg, mit Astrid Grotelüschen MdB
- 07.09.2017** Hamburg-Wandsbek
- 08.09.2017** Hamburg-Harburg, Hamburg-Bergedorf
- 09.09.2017** Bremerhaven
- 13.09.2017** Castrop-Rauxel, Gelsenkirchen und Märkischer Kreis II
- 14.09.2017** Soest, Paderborn und Schwerte
- 15.09.2017** Recklinghausen, Herne und Olpe

Infos zu den Auftritten und weiteren (in Planung befindlichen) Terminen bei der Bundesgeschäftsstelle der Senioren-Union, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030-22070-445, per E-Mail unter seniorenunion@cdu.de oder unter www.seniorenunion.de

präsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer im saarländischen Eppelborn, sowie u.a. auch in den ostdeutschen Metropolen Magdeburg, Leipzig und Dresden. Weiter ging's auch nach Hessen – Bensheim und Langenselbold – sowie nach Bayern, hier zum Beispiel nach Bad Tölz und Neuburg an der Donau. Summa summarum werden es am Wahltag über 70 Auftritte gewesen sein! Für dieses unermüdliche Engagement gebührt dem Bundesvorsitzenden höchster Respekt. Möge das Wahlergebnis am Abend des 24. September das I-Tüpfelchen setzen: den Wahlsieg. 

SENIOREN-UNION TRAUERT UM Helmut Kohl



Foto: Bundesarchiv / Detlef Grafinghoit

Helmut Kohl als Fraktionschef 1969 in Ludwigshafen



Foto: KAS

Bundeskanzler a.D. Dr. Helmut Kohl als aufmerksamer Zuhörer

Die Senioren-Union trauert um einen großen Staatsmann, einen deutschen Patrioten, einen überzeugten Europäer und großen Freund. Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl wird als Kanzler der Deutschen Einheit und Wegbereiter der Europäischen Union in die Geschichte eingehen. „Helmut Kohl war Gründer und wertvoller Förderer der Senioren-Union, der heute zweitgrößten Vereinigung der CDU. Sein politisches Vermächtnis wird uns Ansporn und Verpflichtung sein“, erklärte Prof. Dr. Otto Wulff, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU, zum Tode des Rheinland-Pfälzers am 16. Juni 2017. Helmut Kohl hinterlässt tiefe Spuren in der Weltgeschichte. Als promovierter Historiker hat-

te er immer einen Blick auf das große Ganze. Geprägt durch die Katastrophe im 2. Weltkrieg, war dem Pfälzer Kohl die Freundschaft zu Frankreich und Russland ein besonderes Anliegen. Kohl hat durch die europäische Einigung wesentlich zu einem friedlichen Miteinander in Europa beigetragen. Dieses Ziel dürfen seine politischen Erben in Deutschland gerade in einer Phase, in der die Skepsis gegenüber den europäischen Institutionen wächst, niemals aus dem Blick verlieren. Die Fortsetzung einer erfolgreichen Ostpolitik war für Helmut Kohl ein wesentliches Instrument, in dessen Folge die osteuropäischen Länder wieder in die europäische Familie zurückgekehrt sind. Sicher ein wichtiger Meilenstein für ein friedliches und partnerschaftliches Zusammenleben in Europa. Mit der deutschen Wiedervereinigung hat sich Helmut Kohl einen dauerhaften Platz in den europäischen Geschichtsbüchern als einer der großen politischen Führer verdient. Dafür werden auch künftige Generationen dem Kanzler dankbar sein.

Die Senioren-Union verliert mit Helmut Kohl einen verlässlichen Partner, der stets ein offenes Ohr für die Belange der Älteren gehabt hat und – nicht nur durch die Gründung der Senioren-Union unter seiner Ägide – stets versuchte, die Senioren einzubinden und ihnen eine Stimme zu verschaffen. Helmut Kohl war die Nähe zu den Menschen wichtig. Er interessierte sich auch für die nur scheinbar kleinen Probleme der Senioren im Alltag. Auch hierfür gebührt ihm Dank und Anerkennung. Wir werden seinen Rat und die Hilfe vermissen. 

Retrospektive:

Fast alle haben ihn unterschätzt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.10.1996)

... Sein Sinn für politische Macht ist unbestritten. Aber er überrollt nicht menschliche Beziehungen. Oft hat er mir den Rat seiner Mutter erzählt: „Wenn Du Dich von einem Menschen trennst, dann vergiss nicht, dass Du ihm wiederbegegnen kannst.“ Viele seiner Freunde erinnern sich an seine Haltung, wenn es ihnen schlechtging. Seine menschlichen Eigenschaften haben Helmut Kohl geholfen, eine wichtige Pflicht zu erfüllen. Er hat es immer verstanden, mit den Staats- und Regierungschefs der für uns wichtigen Länder freundschaftliche Beziehungen aufzubauen. Das gelang ihm mit George Bush genauso wie mit Bill Clinton, mit Michail Gorbatschow ebenso wie mit Boris Jelzin. Das war und ist ein positiver Einsatz für die deutschen Interessen. Nicht alle seine Vorgänger haben das so gut gekonnt wie er. ...

Otto Graf Lamsdorff

Die Deutschen brauchen ihn

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.10.1996)

... Noch nie in unserer Geschichte hatten wir, wie heute, gleichzeitig so ausgeglichene Beziehungen zu Paris und London, zu Moskau und Washington sowie zu allen unseren Nachbarn. Man kann heute ohne Übertreibung annehmen, dass nichts Wesentliches auf der Welt geschieht, ohne dass der deutsche Bundeskanzler zuvor konsultiert oder zumindest unterrichtet worden wäre. Dass dieses maßgeblich von Helmut Kohl geschaffene und erhaltene außenpolitische Kapital Deutschlands in den innenpolitischen Auseinandersetzungen eine so geringe Rolle spielt, zeigt den Kleingeist unserer innerdeutschen Debatten. ...

Steffen Heitmann

Zu Kohls internationaler Reputation finden Sie einen bemerkenswerten Beitrag in Form eines persönlichen Abschieds des ungarischen Botschafters Dr. Péter Györkös vom Altbundeskanzler unter www.seniorenunion.de – Aktuelles.



Neues Selbstbewusstsein

„EUROPA SICHERT DEN *Frieden*“

Anfang Juli fand die 9. ESU-Sommerakademie für Senioren-Führungskräfte in Wien statt. Ein Bericht von Ulrich Winz.



Die Europäische Senioren Union macht sich die Erklärung der Europäischen Volkspartei (EVP/EPP) von Malta zu eigen. Die Begründung liegt auf der Hand: Mit dem Titel des Dokuments „Europa sichert die Zukunft“ von Ende März weist sie allen Mitgliedsparteien und ihr verbundenen Vereinigungen – also auch der ESU – den Weg für ihr gesellschaftliches Engagement. Nie zuvor wurde eine so klare Analyse gezogen und das gemeinsame Ziel für alle Handelnden so verständlich und überzeugend formuliert. Zum Unterschied von vorangegangenen Verlautbarungen stehen die Anliegen und Interessen der Bürger im Mittelpunkt. Für die ESU-Vizepräsidentin Dr. Gabriele Peus-Bispinck (Münster) ist die im Text erkennbare Wertschätzung für die Zivilgesellschaft hervorzuheben.

Das Dokument, an dessen Erarbeitung für die ESU Dr. Marilies Flemming (Österreich) beteiligt war, zeugt vom gewachsenen Selbstbewusstsein der stärksten Partei im Europaparlament und stärkt die Überzeugung, dass die Krisen der EU überwunden werden können, überwunden werden müssen – im Interesse aller Mitgliedsstaaten. Einvernehmliche Regelungen haben es im ersten Halbjahr bewiesen, dass diese Hoffnung und Erwartung erreichbar sind. Elmar Brok MEP stellte in seiner Videobotschaft an die Sommerakademie fest: „Europa wird zunehmend als Schicksalsgemeinschaft verstanden. Bei der europäischen Verteidigungspolitik haben wir in zehn Monaten mehr erreicht als in zehn Jahren.“ Ähnlich äußerten sich Heinz K. Becker, Österreich, Prof. Steven Van Hecke,

Belgien, und Dr. Werner Fasslabend, Österreich. „Es werden Mittel zusammengelegt und sparsamer verwendet als bisher“, so Brok. „Zum ersten Mal hat die EU Mittel für koordinierte Verteidigungsanstrengungen bewilligt“ – so Fasslabend. Für Brok beweist Frankreich, dass mit dem Thema Europa wieder Wahlen zu gewinnen sind. Dass zeitgleich die Trauerfeier für Helmut Kohl in Straßburg stattfand, hielt er für symbolträchtig: „Deutsche Einheit als Teil der europäischen Einigung.“ Als „großen Staatsmann und großen Europäer, einen der Begründer der Europäischen Volkspartei“, charakterisierte auch ESU-Präsidentin Prof. An Hermans den „Kanzler der deutschen Einheit“, Helmut Kohl, der am Eröffnungstag der Sommerakademie zu Grabe getragen wurde.

Für Prof. Steven Van Hecke (Leuven/Belgien) erlaubten die Vereinbarungen in der EU seit Jahresbeginn, von einem „Europäischen Frühling“ zu sprechen. Ob es einen „Sommer von Macron“ geben werde, vermochte er nicht vorherzusagen.

Wende zum Positiven

ESU-Präsidentin Hermans stellte in ihrer Eingangsrede „Veränderungen in der öffentlichen Wahrnehmung der EU“ fest: „Mehr und mehr Bürger sind sich bewusst, dass Nationalismus und Populismus keine richtigen Antworten bringen und wir zusammenarbeiten müssen“, erklärte sie. „Gemeinsam können wir Lösungen für Probleme der Sicherheit, Immigration, Arbeitslosigkeit und Klimawandel finden.“

Mitglieder des Bundesvorstandes der Senioren-Union in Wien bei der ESU-Sommerakademie. V.l.n.r.: Claus Bernhold, ESU-Präsidentin Prof. An Hermans, Ursula Kuri, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Peter Grab

Auf die „alternden Gesellschaften“ eingehend, äußerte sie sich erfreut darüber, dass die Europäische Volkspartei mit ihrem Dokument von Malta mit dem Titel „Europa sichert unsere Zukunft“ dem demographischen Wandel den gebührenden Platz eingeräumt hat und der Kongress für eine generelle Europäische Strategie eingetreten ist. Das sei auch (oder gerade deshalb!) von Bedeutung, weil die Kompetenz für Gesundheitsfürsorge und soziale Wohlfahrt bei den EU-Mitgliedsstaaten liegt. Hermans reklamierte bei den Politikern die Einbeziehung unserer erfahrenen Repräsentanten in die Gestaltung der europäischen Zukunft. An der Diskussion zu den Referaten und Länderberichten auf der ESU-Sommerakademie beteiligten sich mehrere Teilnehmer aus Deutschland. So sprach sich Claus Bernhold, Baden-Württemberg, unter dem Eindruck einer Litauen-Reise von Prof. Dr. Wulff, dem Vorsitzenden der CDU-Senioren-Union, für eine baldige Regionalkonferenz in den baltischen Ländern aus. Das Malta-Dokument beweise, dass „unsere Lebenserfahrungen gefragt sind“. Elke Garczyk (CSU-Senioren) berichtete über

Elbe

Schöner, ruhiger, günstiger wohnen

Seniorenwohnungen „Bellevue“
Im Kurgebiet Hitzacker (Elbe)
Von Privat zu vermieten
2 Zi., 55 m², ab 199,- + NK mtl.
V: 82,6 kWh, E, Bj 1991
Neubau, Fahrstuhl, Balkon, Garage.

Betreuung möglich, gegenüber im
Alten- u. Pflegeheim „Bellevue“
Gratisprospekte: Tel. 05862- 97550
www.peter-schneeberg.de

Professor-Wohltmann-Straße



Elke Garczyk,
Senioren-
Union der CSU

zunehmendes Interesse an der ESU in Bayern, wozu sie mit Powerpoint-Präsentationen und dem Versand des Newsletters „Senior International“ beiträgt. Barbara Fischer machte in Hamburg ähnliche Erfahrungen; sie legt Wert darauf, dass ihre Zuhörer die Erfolge der EU erfahren und zu Mitstreitern werden. Ursula Kuri, die dem Bundesvorstand der Senioren-Union angehört, brach eine Lanze für den „Ausschuss der Regionen“, dem mehr Aufmerksamkeit – auch der ESU – gebühre.

Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Mitglied des Bundesvorstandes der Senioren-Union und ESU-Vizepräsidentin, erläuterte die eingehende Stellungnahme zum Dokument der EVP. Sie stellte die Frage: „Wissen die europäischen Politiker, dass eine Armee qualifizierter, erfahrener, gesunder Leute auf aktive Teilhabe an einer Gesellschaft hofft, die sie selbst geformt hat?“ Sie ermunterte alle, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Europa Freizügigkeit und Sicherheit bietet.

Die neue Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB), Ingrid Korosec, sprach sich vor der ESU-Sommerakademie für ein „wirkungsvolles Grenzregime“ aus: Nicht den Schleppeuren dürfe mehr überlassen werden, wer ins Land kommt; vielmehr müssten wir

Neu in der ESU-Familie

Nun ist es amtlich: Der Beobachterstatus in der ESU wurde in Wien dem Seniorenbund Armeniens und dem Pensionärsforum der in Serbien (Vojvodina) lebenden Ungarn verliehen. Mit Armenien gehört nun nach Belarus und der Ukraine ein weiterer Seniorenverband aus der „Östlichen Partnerschaft“ zur Europäischen Senioren Union. Das Pensionsforum ist die bisher einzige Assoziation Serbiens in der ESU.



Dr. Ingrid
Korosec,
Präsidentin
des Österreichischen
Seniorenbundes

die Entscheidungshoheit darüber behalten. Dem ÖSB gehören über 300 000 Personen an. Zeitgleich mit der Akademie wählte die Volkspartei – auch mit den Stimmen der ÖSB-Delegierten – den Außenminister Sebastian Kurz zum neuen Parteivorsitzenden. Er strebt nach den Wahlen zum Nationalrat am 15. Oktober die Regierungsbildung an. Medien zufolge will er im Land grundlegende Reformen und auch eine Gruppe der „80+“ initiieren. Ulrich Winz gedachte in einer Ansprache der kürzlich in Vilnius verstorbenen Seniorenpolitikerin Romualda Hofertiene, die zu den Unterzeichnern der litauischen Unabhängigkeitserklärung vom März 1990 gehört hatte.

Aus dem ESU – Kalender

- 2017 28.-30. September:** **München (DE): „Sicherheit und Vertrauen – Landesgrenzen und Außengrenzen“**
Verantwortlich: Elke Garczyk, ESU-Vizepräsidentin, stellv. Vorsitzende der CSU-Senioren-Union
- 13.-15. Oktober:** **Lefkosia/Nikosia (CY): „Technologie und aktives Altern“.**
- 2018 27.-28. April:** **Aachen (DE): „Älter werden in der Euroregion“**
Verantwortlich: Dr. Gabriele Peus-Bispinck, ESU-Vizepräsidentin, Bundesvorstand CDU-Senioren-Union
- 7.- 8. Mai:** **Oslo (NO): „Generationenübergreifende Solidarität“**

Leserbriefe

Sie haben das Wort ...

Ihre Meinung zu den Artikeln in Souverän interessiert uns. Bitte schreiben Sie uns: **Senioren-Union der CDU Deutschlands, Leserbriefe, Konrad-Adenauer-Haus, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin.** Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinngemäß zu kürzen.

Armut als politischer Kampfbegriff?

Zur Souverän 2-2017, S. 20/21

Nach meinen Informationen gilt eine alleinstehende Person mit einem Einkommen von unter 942 Euro als arm. Ich kenne Hunderte Rentner, die diesen Betrag gerne hätten. Stattdessen müssen sie staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Ich kenne Leute, die gerade einmal 620 Euro Rente haben und in Miete wohnen. Lassen Sie uns doch endlich das C in unserem Namen ernst nehmen. Diesen Leuten haben wir den Aufschwung und die gute demokratische Entwicklung in unserem Land zu verdanken. Sie haben für wenig Geld gute Arbeit geleistet und sich auch in Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen engagiert. Dafür sollten wir Danke sagen. Das könnte zum Beispiel mit einer Mindestrente geschehen. Wo es einen Mindestlohn gibt, muss es auch eine Mindestrente geben. Für die, die schon in Rente sind. Und noch etwas: Diese Leute würden das Geld nicht zur Bank bringen, sondern ausgeben. Für ein Stück Fleisch zusätzlich auf dem Teller, einen neuen Fernseher oder einmal wieder drei Tage Urlaub im Schwarzwald. Das schafft und sichert auch Arbeitsplätze. Und zusätzlich wären unsere gut ausgebildeten Verwaltungsleute endlich in der Lage, ihrem Können entsprechend eingesetzt zu werden, statt den Sozialhilfe-Empfängern die Kontoauszüge zu kopieren. Warum überlassen wir diese Forderungen eigentlich immer der politischen Linken? Zeigen wir doch, dass es uns ernst ist mit dem C in unserem Namen und wir etwas für die Alten und Schwachen tun.

Wolfgang Sprungk, 56727 Mayen

Der Aufsatz von Walter Krämer in Souverän 2/2017 befasst sich mit einem Thema von höchster politischer Bedeutung, nämlich der Armutsdiskussion in Deutschland. Die Armutsdiskussion in Deutschland wird schon seit langem auf der Grundlage von statistischen Zahlen geführt, die als solche nicht falsch sind, aber über wirkliche Armut nichts aussagen und deshalb ein völlig

falsches Bild erzeugen. Es verhält sich so ähnlich wie in dem berühmten Beispiel von Franz Josef Strauß: Wenn der eine Mann 20 Glas Bier getrunken hat und der andere keines, hat im Durchschnitt jeder zehn Glas Bier getrunken. Die Zahlen stimmen, die Aussage ist Unsinn.

Grund für die falsche Diskussion ist der immer wieder zugrunde gelegte relative Armutsbegriff, wonach „arm“ ist (manche mildern es ab und sagen „armutsgefährdet“), wer weniger als 60 % des Durchschnittseinkommens verdient. Dass dieser relative Armutsbegriff nichts über die tatsächliche Situation des Einzelnen aussagt, hat Walter Krämer überzeugend begründet, weil relative Armut immer besteht, egal, ob der Durchschnitt niedrig oder hoch ist. Ich habe ein schönes, anschauliches Beispiel zur Hand. Drei Skatbrüder, jeder mit einem auskömmlichen Einkommen, sagen wir 50.000 € im Jahr, nehmen als 4. Mann einen Millionär in ihre Runde auf. Sofort sind die anderen drei relativ arm ...

So führt der relative Armutsbegriff trotz richtiger Zahlen zu völlig willkürlichen Ergebnissen. ... Das politische Problem besteht darin, dass mit diesen unbrauchbaren Zahlen im Ergebnis eine falsche Situation in die Köpfe der Menschen eingepflegt wird. Hierzu haben auch die Medien beigetragen, die die Zahlen der relativen Armut unkritisch weitergeben. So zum Beispiel geschehen in der Tagesschau am 24.2.2017, wo Susanne Daubner vorlas, dass nach den Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 16 % aller Deutschen unter der Armutsgrenze leben, also glatte 13 Millionen Menschen. Dass sie dabei den relativen Armutsbegriff erwähnte, ist ohne Bedeutung, weil der Zuhörer das nicht versteht. Wie sehr das Gerede von der Armut, nicht als Einzelfall, sondern als anscheinend weitverbreitetes Problem unserer Gesellschaft bereits in das allgemeine Bewusstsein eingedrungen ist, beweist die kürzlich durchgeführte repräsentative Befragung nach dem persönlichen Wohlergehen, die wirtschaftliche Situation einbezogen. Danach antwortete die weitaus überwiegende Mehrheit, es gehe ihr persönlich gut. Aber befragt nach der

allgemeinen Lage in Deutschlands, meinten dieselben Personen, da gebe es wohl insgesamt (bei den anderen) noch sehr viel Armut.

Dass Souverän dieses Thema mit dem Beitrag von Walter Krämer endlich einmal aufgegriffen hat, ist nur zu begrüßen. Warum die CDU das Thema trotz seiner enormen Brisanz bisher hat schleifen lassen, bleibt mir ein Rätsel. Nachdem die Meinung sich in den Köpfen der Menschen inzwischen so festgesetzt hat, bedarf es viel Aufklärung, das zu korrigieren. **Günter Brahm, 53757 Sankt Augustin**

Trendwende Verantwortung

Zur Souverän 2-2017, S. 26/27

Jahrzehntelang wurden ungezählte Milliarden in die Rüstung gesteckt, und man war allgemein der Meinung, die Bundesrepublik habe eine moderne, schlagkräftige Bundeswehr. Jetzt kommt ans Licht der Öffentlichkeit, die Mannschaft ist unterbesetzt, teilweise auch rechtsradikal, und in den Arsenalen lagert nur Schrott. Vielen Verteidigungsministern war dies bekannt, aber keiner hat etwas unternommen. Alle ließen die Zügel schleifen und quitierten den Dienst mit Aussicht auf eine märchenhafte Altersversorgung. Jetzt muss die neue Ministerin diese jahrelangen Versäumnisse aufarbeiten.

Wenn es schon bei den Deutschen so aussieht, was kann man dann von den europäischen Partnern erwarten? In den Balkan-Kriegen hatten die Serben freie Hand, die Nato hat kläglich versagt. Erst der „Weltpolitist“ USA beendete das Gemetzel. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die UNO gegründet mit dem Ziel: „Nie wieder Krieg!“ In den letzten 70 Jahren gab es auf der Welt zahllose Kriege (z.B. Vietnam, Korea, Palästina etc.). Keinen einzigen hat die UNO verhindert oder beendet. Heute gibt es weltweit mehr Kriege als je zuvor. Was macht dagegen die UNO? Nichts, sie ist ein zahnloser Papiertiger. Die vielen (teilweise Stellvertreter-)Kriege werden nicht beendet, es werden nur noch mehr werden, und die Flüchtlingszahlen werden rasant steigen.

Fred Bannwarth, 66693 Mettlach-Orscholz

BUCHTIPP

ZWISCHEN LICHT UND FINSTERNIS

Dieses Buch entstand auf Anregung vieler Jugendlicher, die eindringliche Fragen stellten nach einer Kindheit und Jugend in Kriegs- und Nachkriegszeiten, nach Orientierung damals und auch heute. So erzählt der Autor nicht nur typische Geschichten, sondern setzt sich auch mit vielen Fragen auseinander, die Jugendliche und Familien damals wie heute betreffen, etwa Erziehung zu Werten oder Verlust der Humanität heute mehr denn damals? Aus der Geschichte lernen? Wie können Jugendliche damit umgehen? So erklärt der Autor beispielsweise, mit welchen Propaganda- und Gesetzestricks die Nazis hochwirksam die Bevölkerung hinter sich brachten. Und stellt die Frage: Sind wir heute wieder in Gefahr? Beleuchtet werden auch die Rolle bzw. die nicht genutzten Chancen der Kirche gegenüber der Jugend. Das Plädoyer des Autors ist: Wir dürfen nicht wieder schweigen wie Erwachsene damals. **Dr. Christoph Hilsberg: Zwischen Licht und Finsternis – Auf den Spuren eines Kindes in der Kriegs- und Nachkriegszeit 1934-1953, Klecks-Verlag, Flörsbachtal, 2017, ISBN 978-3-95683-397-7, 17,80 Euro.**



FROMME ELTERN – UNFROMME KINDER?

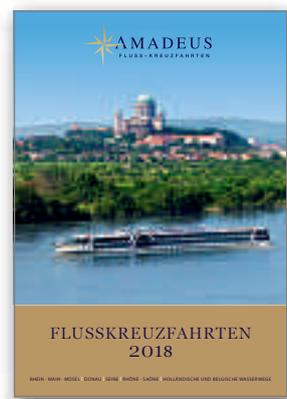
Wussten Sie, dass Friedrich Engels, der später zum „Missionar des Kommunismus“ wurde, als jugendlicher flammende Gedichte auf Jesus verfasste? Oder dass der weltberühmte Maler Vincent van Gogh eine Zeitlang als Laienprediger arbeitete? Wie kann es sein, dass Gudrun Ensslin, aufgewachsen in einem schwäbischen Pfarrhaus, alle christlichen Ideale ihrer Kindheit über Bord warf und im Namen der RAF Angst und Schrecken verbreitete? Der Autor Matthias Hilbert zeichnet in seinen Porträts die Lebenswege bekannter Persönlichkeiten nach und beschreibt auf eindruckliche und packende Weise, was diese Menschen prägte und wie sie wurden, was sie waren. U.a. mit Porträts von Heinz-Horst Deichmann, Friedrich Dürrenmatt, Friedrich Engels, Vincent van Gogh, John Grisham und Hermann Hesse. Hilbert, Jahrgang 1950, ist Lehrer im Ruhestand. Sein Interesse an Glaubens- und Lebensgeschichten bekannter Personen aus einem frommen Elternhaus hängt auch damit zusammen, dass er selbst aus einer Pastorenfamilie stammt. **Matthias Hilbert: Fromme Eltern – unfromme Kinder? Lebensgeschichten großer Zweifler, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig, 2017, ISBN 978-3-96038-045-0, 20 Euro.**





DIE AMADEUS-ART DES REISENS

Eine AMADEUS-Flusskreuzfahrt verbindet auf ganz wunderbare Weise die Annehmlichkeiten eines schwimmenden Komforthotels mit dem Entdecken von Ländern und Menschen entlang Europas schönster Wasserwege. An Bord eines unserer Premium-Schiffe gleiten Sie durch traumhafte Landschaften, lernen pulsierende Metropolen und unzählige Kulturjuwelen kennen – und genießen dabei höchste Qualitätsstandards in puncto Ausstattung, Gastronomie und Service.



Klassischer Rhein

7 Nächte Kreuzfahrt Amsterdam – Basel oder Basel – Amsterdam, z. B. auf der AMADEUS Brilliant

pro Person ab

849 €

Südfrankreich erleben

7 Nächte Kreuzfahrt Lyon – Chalon-sur-Saône – Arles – Lyon auf der AMADEUS Provence

pro Person ab

977 €

Donau Rhapsody

7 Nächte Kreuzfahrt Passau – Budapest – Passau, z. B. auf der AMADEUS Silver II

pro Person ab

1.317 €

Neuer Katalog, Beratung und Buchung bei Amadeus Flusskreuzfahrten GmbH.

Kostenlose Hotline (nur für Senioren-Union): **0 800 / 8745687**

E-Mail: info@amadeus-flusskreuzfahrten.de

www.amadeus-flusskreuzfahrten.de